



Wortprotokoll der 15. Sitzung

Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen

Berlin, den 6. Juli 2022, 10:00 Uhr
Konrad-Adenauer-Straße 1, 10557 Berlin
Paul-Löbe-Haus 4.200

Sitzungsleitung: Mechthild Heil, MdB

Tagesordnung - Öffentliche Anhörung

Einziger Tagesordnungspunkt **Seite 4**

**Durchführung eines öffentlichen Fachgesprächs
"Lehren aus der Flutkatastrophe - Wiederaufbau
und Zukunftsfähigkeit für die betroffenen Regionen"**



Mitglieder des Ausschusses

| | Ordentliche Mitglieder | Stellvertretende Mitglieder |
|-----------------------|--|---|
| SPD | Cademartori Dujisin, Isabel Daldrup, Bernhard Diedenhofen, Martin Kühnert, Kevin Maas, Heiko Mascheck, Franziska Nickholz, Brian Schisanowski, Timo Tausend, Claudia Wegling, Melanie | Abdi, Sanae Heiligenstadt, Frauke Hubertz, Verena Hümpfer, Markus Klinck, Dr. Kristian Martin, Dorothee Müller, Bettina Schmidt, Uwe Töns, Markus |
| CDU/CSU | Breilmann, Michael Ferlemann, Enak Heil, Mechthild Kießling, Michael König, Anne Luczak, Dr. Jan-Marco Nicolaisen, Petra Rohwer, Lars Zeulner, Emmi | Hirte, Christian Kemmer, Ronja Knoerig, Axel Lange, Ulrich Magwas, Yvonne Rehbaum, Henning Wanderwitz, Marco Weisgerber, Dr. Anja Whittaker, Kai |
| BUNDNIS 90/DIE GRÜNEN | Liebert, Anja Otte, Karoline Schröder, Christina-Johanne Steinmüller, Hanna Taher Saleh, Kassem | Bayram, Canan Herrmann, Bernhard Mayer, Zoe Michaelsen, Swantje Henrike Spallek, Dr. Anne Monika |
| FDP | Föst, Daniel Reinhold, Hagen Semet, Rainer Weeser, Sandra | Boginski, Friedhelm Gerschau, Knut Konrad, Carina Todtenhausen, Manfred |
| AfD | Bachmann, Carolin Beckamp, Roger Bernhard, Marc Münzenmaier, Sebastian | Bochmann, René Brandner, Stephan Dietz, Thomas Protschka, Stephan |
| DIE LINKE. | Hennig-Wellsow, Susanne Lay, Caren | Gohlke, Nicole Meiser, Pascal |



Liste der Sachverständigen

Öffentliches Fachgespräch zum Thema „Lehren aus der Flutkatastrophe-
Wiederaufbau und Zukunftsfähigkeit für die betroffenen Regionen“
am Mittwoch, 6. Juli 2022, 10:00 Uhr

Markus Becker

Ingenieur aus Bad Neuenahr-Ahrweiler und Geschäftsführer der Berthold Becker Büro GmbH

Prof. Dr.-Ing. habil Jörn Birkmann

Institutsleiter Institut für Raumordnung und Entwicklungsplanung, Universität Stuttgart

Guido Orthen

Bürgermeister Bad Neuenahr-Ahrweiler

Rolf Schmitt

„Dorfkümmerer“, Hochwasserhilfe Marienthal e. V.

Stefan Schmitt

Leiter Projektbüro Wiederaufbau Ahrtal

Frank Wershofen

Geschäftsführer der Wershofen GmbH, Kreishandwerksmeister im Kreis Ahrweiler



Einziger Punkt der Tagesordnung

Durchführung eines öffentlichen Fachgesprächs "Lehren aus der Flutkatastrophe - Wiederaufbau und Zukunftsfähigkeit für die betroffenen Regionen"

Abg. Mechthild Heil (CDU/CSU): Herzlich Willkommen zu unserem Fachgespräch „Lehren aus der Flutkatastrophe – Wiederaufbau und Zukunftsfähigkeit für die betroffenen Regionen“ bei uns im Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen. Ich begrüße Sie ganz herzlich. Unsere Vorsitzende, Frau Abg. Weeser, ist noch erkrankt, deswegen darf ich sie heute vertreten. Das ist ein ganz besonderer Moment für mich, da ich, wie Sie wissen, selbst aus dem Ahrtal komme. Ich hoffe, dass ich hier heute meine Rollen nicht vertausche, aber das werden wir, glaube ich, gut miteinander hinbekommen.

Ich begrüße die Vertreter der Bundesregierung. Der Parlamentarische Staatssekretär Bartol ist da. Herzlich Willkommen. Sie haben Frau Wagner mitgebracht. Schön, dass Sie auch da sind. Sie sind da Fachfrau und haben uns die ganze Zeit auch schon im Ahrtal begleitet. Vielen Dank, dass Sie jetzt hier sind. Wir haben viele Mitglieder aus dem Ausschuss die per Videokonferenz zugeschaltet sind, ein paar sind hier im Raum, und ganz besonders begrüße ich natürlich alle Fachleute, die zugeschaltet sind. Es wird eine Aufnahme geben von dem was wir hier tun. Sie wird nicht live gesendet, aber man kann sie sich nachher im Internet ansehen.

Ich begrüße jetzt die Fachleute: Neben mir hat der einzige Platz genommen, der hier im Raum ist: Herr Markus Becker, Ingenieur aus Bad Neuenahr-Ahrweiler und Geschäftsführer der Berthold Becker Büro GmbH. Dann haben wir am Bildschirm zugeschaltet Prof. Dr. Jörn Birkmann, er ist Institutsleiter am Institut für Raumordnung und Entwicklungsplanung der Universität Stuttgart. Dann haben wir Bürgermeister Guido Orthen zugeschaltet, er ist Bürgermeister von Bad Neuenahr-Ahrweiler. Ihnen auch ein herzliches Willkommen. Wir haben Rolf Schmitt von der Hochwasserhilfe Marienthal e. V. zugeschaltet. Wir nennen ihn hier mal den „Dorfkümmerer“. Auch Ihnen ein herzliches Willkommen. Wir haben Stefan Schmitt zugeschaltet, er ist Leiter des Projektbüros Wiederaufbau im Ahrtal. Und wir haben Frank Wershofen dabei, der ist Geschäftsführer seines eigenen Betriebes, nämlich der

Wershofen GmbH, Bad, Heizung, Sanitär und er ist Kreishandwerksmeister im Kreis Ahrweiler und natürlich auch Innungsmeister und wird bestimmt auch darüber berichten können. Vielen Dank, dass wir so tolle Expertise heute hier haben, dass Sie uns Ihre Zeit zur Verfügung stellen. Wie gesagt, Herr Becker ist hier im Saal. Wir werden zusätzlich zur Videoaufzeichnung auch ein Wortprotokoll anfertigen, was Sie natürlich später auch gerne auf der Webseite des Ausschusses einsehen können (www.bundestag.de/bau).

Wir haben uns darauf geeinigt, dass wir das Fachgespräch mit kurzen Eingangsstatements der Fachleute beginnen. Wir haben gesagt, etwa 3 Minuten lang. Ich würde Sie jetzt gerne in alphabetischer Reihenfolge dazu aufrufen. Wir fangen mit Herrn Becker an, dann folgen die Herren Birkmann, Orthen, Schmitt, Schmitt und dann Wershofen. Danach gehen wir in Frage- und Antwortrunden. Das machen wir immer so, dass wir fünf Minuten Zeit haben für die Frage und die Antwort. Also die Fragen werden dann hier im Raum gestellt, es läuft immer eine Uhr mit, Sie müssten das auf dem Bildschirm eigentlich auch sehen, aber sonst werde ich Ihnen auch gerne Bescheid sagen, wenn Sie ganz furchtbar die Zeit überschreiten. Dann können wir anfangen. Herr Becker sitzt hier neben mir. Herr Becker, Sie haben das Wort.

Markus Becker (Ingenieur aus Bad Neuenahr-Ahrweiler): Vielen Dank. Markus Becker ist mein Name, 55, geboren bin ich im Ahrtal, Tiefbauingenieur. Ich habe ein Ingenieurbüro mit 50 Mitarbeitern. Wir sind seit 54 Jahren da und ein lokales Infrastrukturgedächtnis.

Die Katastrophe hat zwei große Schadensbilder, neben den Toten, das ist die Infrastruktur auf der privaten Seite und auf der öffentlichen Seite. Das ist ein riesengroßes Projekt, was da von den Kommunen gestemmt werden soll, die nur ein, zwei Akteure haben. Wir haben vier Kommunen im Ahrtal, das sind ein, zwei Leute, die bei der Katastrophe dann überall berichten sollten und kucken, wie sie das Netz wieder in Gang bekommen. Das ist eine riesige Herausforderung. Für mich ist das ein Großprojekt, so wie wir schon mehrere Großprojekte in Deutschland hatten. Es ist von der Organisation her eine riesige Herausforderung, das hinzukriegen. Da stecken viele Chancen drin, aber diese lokalen Experten, die in den lokalen Kommunen sind, in den



technischen Werken, in den kleinen Ingenieurbüros, in den kleinen Baufirmen, die müssen wir schützen. Das ist auch eine große Lehre aus der Katastrophe. Die sind vor Ort da. Die Blaulicht-Familie, der Katastrophenschutz, die brauchen diese lokale Expertise und die können wir nicht vermehren. Die Personalnot, die wir haben, hier Leute aufzubauen, betrifft die kritische Infrastruktur in dieser kleinen Tallage sofort und direkt. Wir brauchen uns nicht groß zu unterhalten über irgendwelche technischen Prozesse oder sonstiges, wir müssen Menschen dahin kriegen, die technische Expertise haben und wissen, wo kannst du im Notfall was machen, um wieder Wasser hinzubekommen.

Ich selbst hatte mit meinem Büro auch 14 Tage kein Wasser, vier Wochen keine Stromversorgung, keine Abwasserversorgung. Es ist nicht selbstverständlich, dass die Infrastruktur funktioniert. Wir brauchen hier die Hilfe vom Geldgeber, wir brauchen vor Ort einen Akteur, der diesen Verwaltungsaufwand, diese Komplexität mit auflöst. Wir sind ganz normale Leute und wir haben auch nur einen 24-Stunden-Tag. Von den 100 000 Einwohnern im Kreis Ahrweiler sind 40 000 betroffen, 11 000 direkt. Wir haben belastete Leute, die diese Blaulichtphase, diese Provisorienphase schon hinter sich haben und die brauchen jetzt massiv Unterstützung. Es gibt viele gute Ansätze, aber das reicht bei weitem nicht. Wir können hier in dem Tal zeigen, wie wir in Deutschland zukünftig Großprojekte gemeinsam mit den verschiedenen Institutionen in einer Demokratie managen. Deswegen bitte ich um Ihre Unterstützung und ich bedanke mich für das, was schon alles gemacht worden ist, das will ich ausdrücklich sagen. Ich bin froh, dass ich in diesem Land lebe, wo die Solidarität so hilft, aber es ist noch bei weitem nicht rum bei uns im Ahrtal. Vielen Dank.

Abg. Mechthild Heil (CDU/CSU): Vielen Dank, Herr Becker. Jetzt haben wir als nächstes Professor Birkmann.

Prof. Dr.-Ing. habil Jörn Birkmann (Universität Stuttgart): Ganz herzlichen Dank. Ihr Sekretariat hatte empfohlen, auch eine kurze Handreichung zu machen. Ich habe mit Kollegen 10 Empfehlungen verfasst, gerade aus dem wissenschaftlichen Bereich, die kurz und knackig – hoffentlich – sind und Hinweise geben, wo wir Innovationspotential und Erneuerungspotential sehen. Herr Becker hat auf Großprojekte hingewiesen. Ich würde sagen,

nicht alle Großprojekte sind von Schnelligkeit und Erfolge gekrönt, deshalb wäre es natürlich gut, wenn wir im Ahrtal ein bisschen besser und schneller werden. Ich glaube, man muss aber auch fragen, neben den Aufbauprozessen einzelner Akteure, was sind die Lehren, die Institutionen ziehen, die der Bund zieht, die das Land zieht, die der Kreis zieht, die Kommunen ziehen. Ich glaube hier ist es wichtig, dass wir Informationen zukünftig besser in strategische Entscheidungen einfließen lassen.

Um es mal etwas konkreter zu machen: Wir haben viele Leitfäden, auch das Dokument was vom Bundesministerium rumgeschickt wurde. Die sind alle gut und Faltblätter sind hilfreich, aber wir müssen im Grunde solche Gefahrenkarten, Risikokarten bei strategischen Entscheidungen, wenn Leute investieren, wenn Unternehmen investieren, stärker zu Rate ziehen und dann auch zum Beispiel verschiedene Schutzwürdigkeiten beachten. Es kann ja nicht sein, dass wir jetzt nur auf das Wasser kucken, sondern wir müssen auch fragen, wie sensibel sind die Infrastrukturen, egal ob wir jetzt über einen Schulaufbau in Bad Neuenahr-Ahrweiler nachdenken, oder an anderen Standorten. Hier, glaube ich, kann der Bund, können Länder, aber natürlich auch in Kooperation mit den Kommunen und dem lokalen Wissen vor Ort Standards schaffen und vielleicht auch das Ahrtal als eine Art Modellregion nutzen für andere Mittelgebirgsregionen in Deutschland. Ich glaube, da ist es wichtig, dass wir ein bisschen weg kommen von der Vorstellung, man kann immer das Wasser raushalten oder wir wüssten genau, wo die Überschwemmungsgebiete liegen. Ich denke, dass es sehr deutlich ist, dass diese Überschwemmungsbereiche sich verändern und hier müssen wir auch stärker auf die Verwundbarkeit und Schutzwürdigkeit achten. Ich denke, hier wäre es gut, wenn dann zum Beispiel Rahmenbedingungen geschaffen werden. Im Raumordnungsgesetz (ROG) steht zum Beispiel schon was zum Thema Schutz kritischer Infrastrukturen. Es gibt einen Bundesraumordnungsplan Hochwasserschutz, und hier wäre es gut, wenn das Ahrtal mit Modellansätzen diese Bundes- und Landesprozesse informiert. Ich kann aber sagen – ich war in Fukushima oder auch nach dem Tōhoku-Erdbeben unterwegs – da war es auch so, dass sicherlich nicht alles ganz schnell funktioniert, aber trotzdem kann man sagen, dass auch gerade in Rheinland-Pfalz der Diskussionsprozess, Sie kommen ja auch



selber aus dem Ahrtal, doch sehr ernst genommen wird. Auch die Kommunen sind hier vertreten und nehmen die Sache wirklich sehr ernst. Es ist, glaube ich, schon auch ein sehr innovativer Prozess. Es wäre aber aus meiner Sicht sehr wünschenswert, wenn man zum Beispiel aus dem Bauausschuss heraus sagt, wir müssen im Grunde Modellansätze stärker entwickeln und kucken, wo können wir beim Wiederaufbau Dokumentationen erzeugen, beim resilienten zukunftsfähigen Wiederaufbau, die anderen Tälern helfen. Es war ja auch ein gewisses Maß an Zufall, dass dieser Starkregen so stark über das Ahrtal rauschte, es hätte ja auch das Nachbartal treffen können. Hier wäre es wichtig, dass wir auch diese Richtung fördern. In diesem Sinne herzlichen Dank.

Abg. Mechthild Heil (CDU/CSU): Vielen Dank Ihnen, Herr Professor Birkmann. Bürgermeister Guido Orthen ist der Nächste.

Guido Orthen (Bürgermeister Bad Neuenahr-Ahrweiler): Frau Vorsitzende, Herr Staatssekretär, meine Damen und Herren Abgeordnete, vielen Dank für die Einladung und zunächst auch seitens der Kommunen vielen Dank für die Solidarität des Bundes und das schnelle Handeln, was den Wiederaufbau betrifft. Danke dafür! Ich glaube, es ist wichtig, weiter dafür zu sensibilisieren, dass wir kein Hochwasser hatten, sondern eine Flutkatastrophe. Wir reden von ganz unterschiedlichen Dingen mit einem ganz unterschiedlichen Zerstörungsgrad.

Die aktuelle Lage: Die Menschen sind erschöpft, zermüht, enttäuscht. Das hängt auch etwas damit zusammen, dass wir keine bürokratiearmen Hilfen angeboten bekommen. Wenn ein Unternehmer ein Gutachten für eine Maschine erbringen soll, die nicht mehr da ist, die mittlerweile im Rhein oder im Meer ist, dann ist das schwierig. Ich habe mich heute auch in einer schriftlichen Einlassung an Sie insbesondere auf das gesetzgeberische und gesetzliche Anwaltszeug konzentriert. Ich will aber vorweg noch ein Thema ansprechen, nämlich den Hochwasserschutz, weil auch hier aus unserer Sicht gesetzgeberischer Handlungsbedarf besteht. Wir haben im Flusseinzugsgebiet zwei Länder, fünf Landkreise und zig Gemeinden. Für den Hochwasserschutz sind die Gemeinden, also Verbandsgemeinden oder Städte zuständig. Das Wasser kommt von irgendwo und diejenigen, die es bekommen, sind die Tallagen und die Talgemeinden. Verursacher und Geschädigte sind ganz unterschiedlich. Hier

muss es, glaube ich, einen gesetzlichen Zwangszusammenschluss derer geben, die im Einzugsgebiet liegen.

Im Übrigen will ich ganz kurz Themen ansprechen, die ich auch schriftlich eingegeben habe, zunächst die Verlängerung der Sonderregelungen beim Kurzarbeitergeld für das Flutgebiet. Da sind wir bislang aus meiner Sicht nicht gehört worden, das ist mir unverständlich. Wir brauchen dringend eine Verlängerung der Antragsfristen für die Aufbauhilfe, weil bis zum 30. Juni 22 das nicht leistbar ist, es sei denn, wir machen es alles nur als Förmerei und wir bitten um zahlreiche Anpassungen im Baugesetzbuch, der Verlängerung und Ausweitung des Geltungsbereichs des 13b, ein Verzicht auf die Umweltverträglichkeitsprüfung des 13a und, Herr Professor Birkmann hat es angesprochen, die Konkretisierung der energetischen Standards beim Wiederaufbau. Wenn wir Modellregion werden sollen, dann brauchen wir dafür auch die klaren Ansagen und die finanziellen Mittel, die sind in der derzeitigen Verwaltungsvereinbarung zu Aufbauhilfe und der VV nicht gegeben. Das gilt für alle Beteiligten, auch für das Land und den Bund selbst. Insoweit, Herr Schmitt stimmt zu, brauchen wir hier deutlich mehr Spielraum. Vielen Dank, dass wir dabei sein dürfen.

Abg. Mechthild Heil (CDU/CSU): Lieben Dank, Herr Orthen. Dann machen wir weiter mit Rolf Schmitt, Dorfkümmerer.

Rolf Schmitt (Hochwasserhilfe Marienthal e. V.): Einen schönen guten Morgen in die Runde, einen schönen guten Morgen nach Berlin. Wenn es bei mir im Hintergrund ab und zu etwas laut wird: Ich sitze hier mitten in der Baustelle. Wir sind nämlich hier im Ort schon mit dem Wiederaufbau beschäftigt. In den letzten Wochen sind uns natürlich auch einige Dinge, die gerade das Thema Bauen betreffen, aufgefallen, und wir hier vor Ort sind mit dem Bau einer neuen Dorfwärme beschäftigt. Wir wollen aber auch parallel noch einige andere Dinge auf den Weg bringen. Gerade hier stellen wir immer wieder fest, dass die Verwaltung zurückkehrt, wir also in die ganz normalen Verwaltungsprozesse eingebunden werden. Aus unserer Sicht müsste hier dringend zunächst eine Vereinfachung stattfinden, in dem gesamten Verwaltungsverfahren. Wenn wir das normale Prozedere im Bereich der Verwaltung durchlaufen müssen und keine Vereinfachungen erhalten, dann ist der Wiederaufbau in den



nächsten Jahren gehemmt durch Verwaltungsvorschriften. Hier müsste dringend Abhilfe geschaffen werden.

Ich habe da noch eine weitere Sache: Die Verwaltungen, die hier vor Ort tätig sind, sind von der personellen Ausgestaltung vollkommen überfordert und sind gar nicht in der Lage, das leisten zu können, was man in der jetzigen Situation, hier vor Ort, machen müsste. Eines der großen Hemmnisse besteht im Eingruppierungsrecht, auch was die Verwaltung betrifft. Hier müsste aus meiner Sicht dringend gehandelt werden, um eine wie auch immer geartete Lex Flut auf den Weg zu bringen, damit die Fachleute, die für diesen Wiederaufbau benötigt werden, auch von den Kommunen eingestellt werden können, da mit den vorhandenen Eingruppierungen, die dort vorgesehen sind, wir diese Fachleute nicht bekommen werden. Ich glaube, da spreche ich, wenn ich den Gedanken fortführe, auch für Herrn Orthen, der das mit Sicherheit ähnlich sehen wird. Des Weiteren würden wir uns hier vor Ort, gerade was den Wiederaufbau betrifft, auch die eine oder andere Unterstützung wünschen, weil wir doch relativ allein gelassen sind. Gerade das Zusammenführen von verschiedenen Gewerken, sprich dem gleichzeitigen Verlegen von Glasfaser, Wasserleitungen, Straßenbeleuchtung, Strom ist für uns hier vor Ort sehr schwierig, weil wir dazu immer auf externe Mitspieler angewiesen sind. Das ist aus unserer Sicht im Moment sehr schwierig. Hier müsste gerade was das Thema betrifft, wie können wir schnell aufbauen, wie können wir eine Straße nur einmal öffnen und alle Gewerke gleichzeitig reinlegen, hier müsste dringend Unterstützung kommen. Das zunächst von mir, und ich wünsche der Veranstaltung weiterhin gutes Gelingen. Dankeschön.

Abg. Mechthild Heil (CDU/CSU): Dankeschön, Herr Schmitt. Jetzt haben wir noch Herrn Stefan Schmitt, den Leiter des Projektbüros.

Stefan Schmitt (Wiederaufbau Ahrtal): Zunächst Mal einsteigend, ich bin ja für das Thema der Infrastruktur vornehmlich der Straße zuständig, für den Wiederaufbau, und da gibt es einen ganz wesentlichen Aspekt: Das Ahrtal ist natürlich geprägt von der Topografie und wir haben im Prinzip nur einen Hauptverkehrsträger, das ist die Straße. Da gilt es natürlich zu bedenken, dass, wenn wir die Infrastruktur kommunal, privat, öffentlich wiederaufbauen, die Straße natürlich von enormer Bedeutung

ist. Ich will nur so viel sagen: Der Schaden ist so groß, dass wir hier nicht alles gleichzeitig leisten können, zumal mit Blick auf den kompletten Aufbau. Man muss sich das so vorstellen: Das ganze Ahrtal ist quasi eine Baustelle. Das gilt es natürlich zu koordinieren, und wie auch schon von den Vordnern angesprochen, bedarf es da einer besonderen Koordination. Im Prinzip sehen wir uns auch so ein Stück weit, seitens der Straße, als der Koordinator, weil, die KI war auch schon angesprochen, unter anderem viele Gewerke in der Straße liegen. Die gesamten Ver- und Entsorger liegen in der Straße und es ist natürlich sehr unglücklich, wenn da eine Straße zwei Mal aufgerissen werden muss, zumal das ja dann letztendlich auch finanzielle Folgen hat.

Ich möchte aber nochmal auf den Punkt der gesetzlichen Erleichterungen eingehen. Wir haben gesetzliche Erleichterungen über die Bundesfernstraßengesetzänderung bekommen, über die Landesstraßengesetzänderung, die letztlich besagen, dass wir in keine aufwendigen Planfeststellungsverfahren gehen müssen. Das trägt ein Stück weit, weil man trotz allem einen gewissen Planverlauf braucht, wir müssen ja zukunftssicher bauen und wir müssen insbesondere hochwassersicher bauen. Bei der Vielzahl der Gewerke erfordert das natürlich auch eine gute Planung und die müssen wir von vorn herein aufgestellt sehen. Das ist ein hoher Zeitfaktor, den ich habe, weil ich nämlich alle, die im Moment planen, und das sind sehr viele unterschiedlicher Arten, unterschiedlicher Gewerke, zu koordinieren habe. Der Zeitfaktor selbst ist ein kleiner Konfliktpunkt, den es in jedem Fall zu berücksichtigen gilt.

Wir haben natürlich auch unterschiedliche Interessenslagen aus den Gesetzen heraus. Ich möchte das Stichwort Denkmalschutz, Baukultur nennen. Im Moment beschäftigen wir uns da sehr stark damit, inwieweit Denkmalschutz über das Allgemeingut des Hochwasserschutzes geht. Da kann ich mich natürlich sehr intensiv mit beschäftigen und zu Ergebnissen kommen, es ist aber auch wieder eine Frage der Zeit. Haben wir diese Zeit?

Dann möchte ich noch einen Aspekt aufgreifen, den Herr Orthen schon angesprochen hat. Wir haben natürlich den Aufbaufonds, der die Schäden alle abdeckt, aber er deckt nur die Schäden ab. Er hat eine große Lücke, was zum Beispiel die Folgeschäden betrifft. Ich habe Schäden, die entstehen



erst durch den Wiederaufbau oder liegen kurz nach der Flut, die durch die vielen Helfer entstanden sind, mit ihren Schwerlastverkehr und so weiter. Das ist eine Problematik, die gilt es zu lösen. Wir haben dann so etwas wie Kleinnöglichkeiten, Verbesserungen zu machen, im Sinne des technischen Standes. Da gilt es aber immer wieder abzuklären, wie weit der technische Stand geht und wie weit diese über den bisherigen Bestand hinausgehenden Verbesserungen dann noch über den Fonds abgedeckt sind.

Dann hätte ich noch einen zusätzlichen Aspekt: Natürlich sind wir im Moment dabei, zu planen und wollen ja nicht nur den Altbestand machen. Es wird immer wieder das Stichwort Modellregion genannt. Welche Verbesserungen mache ich denn dann an der vorhandenen Infrastruktur, öffentlich oder auch privat? Da gilt es jetzt im Moment abzuwägen, oft in der Schnelle, was können wir denn leisten an Punkten, die vielleicht vorab schon immer gerne auf der Agenda gestanden haben, aber im Moment natürlich kritisch zu sehen sind im Zuge des schnellen Wiederaufbaues.

Jetzt zum allerletzten Punkt. Das alles können wir natürlich nur leisten, wenn wir die Personalkapazitäten haben. Das ist im Moment sehr, sehr schwierig.

Abg. Mechthild Heil (CDU/CSU): Vielen, vielen Dank, Herr Schmitt, für Ihr Eingangsstatement. Dann haben wir noch Herrn Wershofen, der auch selbst betroffen ist, wie der Rolf Schmitt und der Markus Becker auch. Herr Wershofen.

Frank Wershofen (Kreishandwerksmeister im Kreis Ahrweiler): Zunächst einmal möchte ich mich für die Einladung bedanken. Mein Name ist Frank Wershofen, ich führe mit meinem Bruder Andy Wershofen seit 32 Jahren einen kleinen Betrieb für sanitäre Anlagen, Bäderbau und Heizungsbau. Wir sind hier in Heimersheim ansässig und wir waren zu 100 Prozent von der Flut betroffen. Das Wasser lief an der Straße in drei Meter Höhe nicht nur an uns vorbei, sondern auch durch unsere Ausstellung und unser Lager. Im Lager stand das Wasser ca. fünf Meter hoch, was natürlich bedeutet, dass wir erstmal wieder selber auf die Beine kommen mussten, damit wir unsere Kunden bedienen können, denn um nach dem monatelangen Schlammschuppen diese ganzen Häuser wieder

sauber zu machen und überhaupt mal einen Anfang zu finden, sind immer noch die Fachleute gefragt.

Ich sage immer gerne, wir müssen natürlich koordinieren, wie der Stefan Schmitt das gesagt hat. Wir brauchen auch Verwaltung, aber der Rolf Schmitt hat mir aus der Seele gesprochen und hat gesagt, wir dürfen uns natürlich selber nicht den Weg verbauen durch zu hohe Anforderungen, durch zu viel Verwaltung. Man konnte sehen, dass in den ersten Monaten durch ganz unbürokratische Hilfe Bauunternehmer aus dem Westerwald, Bauern mit ihren Traktoren hier herkamen. Die sind einfach hier hingekommen und haben es angepackt, sonst würden wir heute noch im Schlamm stehen. Man muss diese ganze Sache vereinfachen, damit wir auch arbeiten können. Ich sage immer gerne: Diejenigen, die das Ahrtal aufbauen, das sind die Handwerker und nicht nur die Verwaltung, sondern das sind die Leute die anpacken. Die dürfen aber nicht gehemmt werden durch solche Sachen. Es ist eine schwierige Lage. Wir selber sind hier abgesoffen, 12 meiner Sanitär-, Heizung-, Klimatechnikbetriebe sind abgesoffen im Tal. Wir haben uns dann gegenseitig geholfen mit Werkzeugen, Fahrzeugen. Es sind ja auch viele Fahrzeuge weggeschwommen. Dieser Zusammenhalt, das ist natürlich auch eine tolle Sache in dem ganzen Leid, was wir hier erfahren haben und immer noch erfahren. Der Zusammenhalt der Handwerkerfamilien bundesweit ist ganz enorm. Wir haben auch tolle Sachen erlebt, dass Obermeister bundesweit mich angerufen haben und gesagt haben: Frank, wir kommen, wie viel Mann brauchst du? Oldenburg, kann man auch immer mal erwähnen, die sind mit 50 Mann auf einen Schlag hier hergekommen, 25 Fahrzeuge mit Werkzeug, mit allem Drum und Dran. Die haben uns dann geholfen einige Anlagen wieder in Betrieb zu bekommen, damit die Leute in ihren Häusern überhaupt überleben konnten.

Es wurde dann, nach dem heißen Sommer, schon sehr kühl und den ersten Winter haben wir praktisch hinter uns gebracht. Jetzt haben wir im Moment den großen Telefonterror von Kunden, denen wir eine neue Heizung eingebaut haben, eine Gasheizung, und die fragen sich jetzt natürlich, wie viele andere auch, was machen wir denn, wenn wir demnächst kein Gas mehr haben. Das ist schwierig zu sagen, ob wir überhaupt kein Gas mehr haben werden. Ich habe da auch meine Glaskugel nicht



aufgestellt. Das ist ganz furchtbar, wer hätte damit gerechnet, dass wir in Europa nochmal Krieg bekommen, und die Leute haben vor dem nächsten Winter schon wieder Angst. Die haben Notheizgeräte, die wir wahrscheinlich im nächsten Winter schon wieder aufstellen können, damit die Leute in ihren Häusern auch überleben können.

Abg. Mechthild Heil (CDU/CSU): Vielen Dank für Ihre Eingangsstatements. Wir kommen jetzt in die Fragerunde, und ich glaube die Kollegen haben da einige Fragen. Wir fangen mit der SPD-Fraktion an, Herr Diederhosen.

Abg. Martin Diederhosen (SPD): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Ich möchte erstmal eines tun, auch im Namen der SPD-Fraktion: Ihnen allen ganz herzlich danken, dass Sie, heute hier sind und sich die Zeit für uns und unsere Fragen nehmen, aber auch ganz ausdrücklich dafür bedanken, dass Sie alle in verschiedenen Funktionen und Weisen dafür arbeiten, dass der Wiederaufbau gelingt und es voran geht im Ahrtal. Dafür ganz herzlichen Dank.

Dann würde ich gerne an Herrn Becker eine Frage stellen. Sie hatten von einem Großprojekt gesprochen, was es ja auf jeden Fall ist, und Sie hatten davon gesprochen, dass es vor allen Dingen darum gehen müsse, Menschen zu unterstützen, die die lokalen Experten sind und alle möglichen Stellen, die versuchen wiederaufzubauen, unterstützen müssen, mit Ihrer Expertise. Da würde ich gerne wissen, vielleicht können Sie das nochmal ausführen, wie wir diese lokalen Experten ganz besonders fördern können und wie wir dabei unterstützen können.

Dann haben Sie noch einen Satz gesagt, den ich auch sehr wichtig fand, Sie haben gesagt, dass es bei weitem nicht rum ist, diese Katastrophe, sondern, dass die Auswirkungen uns jahrelang begleiten werden. Das konnte jeder sehen, der da als Ehrenamtler rübergefahren ist oder als Helfer oder Familie dort hat. Das finde ich einen ganz wichtigen Satz. Sie haben ja Ihr Ingenieurbüro, Ihre Firma, und Sie kriegen ja auch sicherlich mit, wie Herr Wershofen als Kreishandwerksmeister, wie es aussieht mit Fachkräften und Handwerkskapazitäten. Vielleicht könnten Sie das noch ausführen, wie wir dabei unterstützen können.

Abg. Mechthild Heil (CDU/CSU): Dankeschön.

Markus Becker (Ingenieur aus Bad Neuenahr-Ahrweiler): Vielen Dank. Wir haben im Ahrtal jetzt 30 Stellen, die die Verwaltungsvorschrift interpretieren. Was wird bezahlt? Was ist Wiederaufbau? Was ist neu? Das kostet unheimlich viel Energie. Wir sind ja ganz wenige Leute, die diese technischen Sachen machen und wir brauchen einen Kümmerer vor Ort, vom Hauptgeldgeber, das ist der Bund, der sagt, was geht und was nicht geht. Alles stockt sonst und wenn das Vergabewesen – die paar Techniker sollen ja dann noch die Formulierungen machen – wie muss dann das Vergabewesen gemacht werden? Wir brauchen also einen vom Bund, der sagt, das geht, und uns auch ein gewisses Vorschussvertrauen gibt. Es ist keine Kunst, im Nachhinein die ganzen Projekte zu hinterfragen, oder irgendwas in Zweifel zu ziehen, aber dafür haben wir keine Zeit. Deswegen ist meine zentrale Forderung, dass wir da einen zentralen Kümmerer vom Bund bekommen, dass diese Interpretationen da einfach aufhören. Dass wir Muster schaffen und Musterprojekte schaffen, was wird gefördert und wo müsst ihr euch eine andere Finanzierung suchen.

Bei der zweiten Sache: Wie lange dauert das noch? Die Leute suchen nach einem, der den Überblick über die ganze Sache hat. Es gibt jetzt tausende von Maßnahmen, da sind unterschiedliche Akteure, die sind – wie auch eben gesagt wurde – dringend zu vernetzen. Man weiß sonst nicht, zu wieviel Prozent ist denn das Projekt, die Maßnahme, angefangen. Was ist denn gerade der aktuelle Engpass? Woan liegt das? Wir brauchen, glaube ich, weil es noch so lange dauern wird, eine Stelle, die den Überblick über den ganzen Wiederaufbau hat, weil es so viele Akteure sind, privat und öffentlich. Es ist ganz wichtig, dass wir Standardrituale schaffen, wie einen dauerhaften Bericht oder ein dauerhaftes Dashboard, wo man einfach sieht, die und die Maßnahme ist dann und dann dran, das Team ist jetzt mit der Planung soweit und, und, und. Weil die Leute die Sorge haben, dass sie vergessen werden und das keiner den Überblick hat. Es ist sehr viel Aktionismus, es sind auch mit Sicherheit gute Dinge überall schon entstanden, aber es wirkt noch unstrukturiert.

Abg. Mechthild Heil (CDU/CSU): Dankeschön. Da läuft eine Uhr mit, Sie hätten noch 30 Sekunden gehabt. So, die nächste Frage stellt die CDU/CSU-Fraktion, Herr Dr. Luczak.



Abg. Dr. Jan-Marco Luczak (CDU/CSU): Vielen herzlichen Dank. Ich möchte zunächst auch mit einem sehr herzlichen Dank an Sie alle beginnen. Sie leisten da wirklich ganz Außergewöhnliches. Wir sind jetzt ein Jahr nach dieser furchtbaren Flutkatastrophe, man hat, glaube ich, an all Ihren Stellungnahmen gesehen, was in dieser Zeit geleistet wurde, was aber an großen Herausforderungen auch noch vor uns liegt. Deswegen sind wir heute auch gemeinsam zusammengekommen, um ein Zwischenfazit zu ziehen und vor allen Dingen zu überlegen, wo wir jetzt noch nachsteuern können, wo sind Notwendigkeiten für gesetzliche Anpassungen, aber vor allen Dingen auch bei den Verwaltungsabläufen. Da würde ich ganz gerne zwei Fragen an den Herrn Orthen richten. Sie sind als Bürgermeister in ganz intensivem Austausch mit den Menschen in Ihrem Ort. Es würde mich interessieren – für viele ist das ja eine existenzielle Notlage, die da entstanden ist – wie das eigentlich mit den Abschlagszahlungen für die Schäden, die an den privaten Immobilien entstanden sind, aussieht. Da gibt es ja durchaus Unterschiede, auch in den jeweils betroffenen Regionen. In Nordrhein-Westfalen sind es 40 Prozent der geschätzten Schadenssumme, die dort als Abschlag erhalten werden kann, in Rheinland-Pfalz sind es nur 20 Prozent. Ich habe das gelesen und für mich war eigentlich gar nicht so ersichtlich, wieso dort eine doch erhebliche Differenz von 20 Prozent besteht. Ich weiß nicht, ob Sie da eine Begründung dafür haben. Wie reagieren die Menschen in Ihrer Region darauf? Ich würde mir vorstellen, wenn man so ins Nachbarland blickt und sieht, da wird mehr geholfen, dass das dort auch zu Unmut führen kann. Vor allem der ganz entscheidende Punkt: Wenn diese Abschlagzahlungen verzögert kommen und in geringem Umfang kommen, führt das nicht auch zu einer deutlichen Verzögerung des Wiederaufbaus? Das wäre etwas, was mich an erster Stelle interessieren würde.

Der zweite Punkt: Sie hatten auch in Ihrer Stellungnahme erwähnt, Herr Orthen, dass die Frist der Stellung der Anträge für den Wiederaufbau zu kurz bemessen ist. Wenn ich es richtig weiß, muss man die Entwurfsplanung, Leistungsphase III, vorlegen, damit das überhaupt möglich ist. Das ist natürlich aufgrund der von allen hier geschilderten Umständen, von Personalengpässen, schlechterdings kaum leistbar. Muss man da nicht irgendwie zu einer

Verlängerung der Frist – aber vielleicht auch zu einer etwas großzügigeren Handhabung – kommen, dass man eben nicht bis auf das letzte Detail die Planung vorlegen muss, sondern eher so ein bisschen größere Maßnahmen, weil die Zeit hier eine ganz entscheidende Rolle spielt? Wir haben gehört, dass die Leute jetzt schon wieder Angst vor dem kommenden Winter haben. Wenn Sie vielleicht zu den beiden Punkten etwas sagen könnten, wäre ich sehr dankbar.

Abg. Mechthild Heil (CDU/CSU): Herr Orthen, bitte.

Guido Orthen (Bürgermeister Bad Neuenahr-Ahrweiler): Meine sehr geehrten Damen und Herren, in der Tat, die Frage des ersten Abschlags ist hier lange diskutiert worden. Es hat auch, glaube ich, einen guten Willen der Ministerpräsidentin gegeben. Dass es dann nicht zu einer Angleichung der Praxis an Nordrhein-Westfalen gekommen ist, bleibt uns, nach wie vor ein Rätsel. Im Interesse der Menschen, denen in der Tat die Liquidität ausgeht, gerade am Anfang und um einen Anfang zu machen, das fängt bei den Gutachterkosten an, über die Planungskosten, das sind Dinge die vorfinanziert werden müssen. Das können bei weitem nicht alle und irgendwann geht ihnen die Luft aus, denn teilweise sind die Leute ja noch von Arbeitslosigkeit oder Kurzarbeitersituationen bedroht, es kommt ja alles zusammen. Nein, für uns gibt es keine nachvollziehbare Begründung, warum es in Rheinland-Pfalz keine 40 Prozent Abschlagszahlung gibt. Wir glauben, und so ist es auch kommuniziert, dass der Landesrechnungshof etwas dagegen hat. Nur die demokratische Legitimation des Landesrechnungshofs ist eine Sache, die von Regierungen und Abgeordneten ist eine andere, insoweit ist da in der Tat etwas zu tun, nach wie vor.

Fristverlängerung: Ja. Das gilt sowohl für die Privaten, weil auch da, auf Grund der Komplexität der Antragsstellungen, teilweise die Fristen nicht eingehalten werden. Das gilt aber insbesondere auch für die öffentliche Hand, also für die Kommunen. Wir haben alleine 1 400 Maßnahmen. Wenn wir bis zur Leistungsphase III gar keinen Antrag stellen können, dann können Sie sich vorstellen, insbesondere die Mitglieder eines Bauausschusses, was das heißt. Jetzt wird dann diskutiert, dass man die Anträge schon mal einfach so stellt, entweder ändert man die Antragsvoraussetzungen, dann aber bitte einheitlich und richtig, aber jetzt 1 400 Anträge zu



stellen, nur um dann zu sagen, der Antrag liegt ja vor und die Frist ist eingehalten, dafür hat hier niemand Verständnis, und insoweit ist da ein gemeinsames Handeln des Bundes und der Länder, glaube ich, erforderlich, um eine echte Fristverlängerung hinzubekommen. Danke sehr.

Abg. Mechthild Heil (CDU/CSU): Ich danke Ihnen. Vielleicht zur Klarstellung, die Frist läuft Mitte nächsten Jahres aus, 30. Juni 2023, glaube ich. Das könnte ja noch lange hin sein, aber es gibt natürlich keine Planungssicherheit. Wenn man sich das heute in den Verwaltungen überlegt und wir, jetzt vier Wochen vorher, sagen: Ätsch bättsch, wir verlängern die Frist, dann haben wir natürlich nichts davon. Dann ist kein Handeln mehr in den Verwaltungen möglich. Danke, Herr Orthen. Jetzt die nächste Frage müsste von den Grünen kommen, Frau Abg. Liebert.

Abg. Anja Liebert (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Ich möchte mich auch erstmal für das Engagement und auch die große Solidarität bedanken, die gerade in der Anfangsphase und auch jetzt noch vor Ort ist und für die eindringliche Schilderung Ihrer konkreten Erfahrungen. Ich komme aus NRW, das heißt, ich habe auch so ein bisschen im kleinen Rahmen bei uns in der Stadt mitbekommen, was da passiert ist. Die Frage ist, und da möchte ich meine Frage an Herrn Stefan Schmitt richten: Wie ist das vor Ort jetzt bei der Umsetzung der Themen Klimaanpassung, Klimaresilienz und die Sanierung der Infrastruktur? Ich glaube, Herr Wershofen hat das gerade ganz eindrücklich geschildert. Man hat schnell geholfen, hat schnell eine Gasheizung eingebaut und jetzt sagen alle: Oje, Gas ist nicht mehr der Energieträger der Zukunft. Wie gehen wir denn damit um? Deswegen würde mich interessieren, wie die Themen „mehr Raum für den Fluss“ und „Umgang mit den Flächen“ jetzt gesteuert werden, Stichwort: Modellregion. Wie gehen auch diejenigen damit um, deren persönliche Flächen davon betroffen sind, also die Eigentümer und Eigentümerinnen dieser Flächen? Wie wird es geschafft, dass man dieses Thema Modellregion und Klimaanpassung in die konkrete Umsetzung der Planungen einbringt? Dankeschön.

Abg. Mechthild Heil (CDU/CSU): Danke für die Frage. Da ich mich ein bisschen vor Ort auskenne, glaube ich, können auch noch andere auf die Frage antworten, nicht nur Herr Wershofen, sondern

auch vielleicht Rolf Schmitt, der Bürgermeister auch, er nickt schon. Aber fangen Sie doch bitte mal an, Herr Stefan Schmitt.

Stefan Schmitt (Wiederaufbau Ahrtal): Sie haben Recht, es ist wohl so, das sind natürlich Themen. Ich bin ja im Bereich der Infrastruktur tätig, nichtsdestotrotz sehen wir aufgrund der Topografie, dass die Straße und die Bahn neben der Ahr verlaufen. Da müssen wir die Themen grundsätzlich beachten. Das ist einmal grundsätzlich das Thema der Hochwassersicherheit, das ist ja selbstredend, aber natürlich auch das Thema, wie kann ich mit dem Fluss an sich umgehen? Im Moment haben wir noch vieler Orts die Lage, dass der Fluss sich komplett ausgebreitet hat. Er verläuft entweder neben dem bisherigen Bett oder er hat sich das Bett so vergrößert, dass er sich das bisherige Vorland geholt hat. Jetzt muss man natürlich auch wissen, aus der gesetzlichen Grundlage heraus haben die Anrainer das Recht, ihr Grundstück wieder so herzustellen, wie es war. Das passiert vielerorts. Insofern zu Ihrer Fragestellung: Wie gehen die Eigentümer mit Ihren Flächen um? Wenn sie die Möglichkeit haben, das sehen wir, dann nehmen sie sich die Zeit und auch das Geld in die Hand und machen ihr Grundstück wieder so, wie es war. Sie holen zurück, was der Fluss sich geholt hat. Das hat dann natürlich auch wiederum die Fragestellung, wie der Fluss an sich dann in Zukunft aussehen wird. Im Moment sind wir da, seitens der Infrastruktur, mit unseren Genehmigungsbehörden, insbesondere natürlich mit der Wasserwirtschaftsbehörde, im steten Austausch, aber letzten Endes, was noch erwartet wird, ist ein Konzept, ein Grundkonzept, wie mit der Ahr an sich umzugehen ist. Derzeit sind die Planungen am Laufen, aber das betrifft alle Anrainer, das betrifft die Eigentümer von Flächen genauso wie die Eigentümer von öffentlichen Einrichtungen, wie Straßen, aber auch den kommunalen Sektor. Da wir jetzt endlich wissen müssen, was macht der Fluss, wie sollen er künftig aussehen.

Dann nochmal zu dem Thema Klima. Das ist jetzt kein Thema, was für uns im Vordergrund steht. Wir schauen, dass wir nachhaltig bauen, um das Stichwort Klima vielleicht in Richtung Nachhaltigkeit ein bisschen zu lenken, und dann gehen wir hin, indem wir entsprechend unserer naturschutzfachlichen Vorgaben, allein beim Material, entsprechend beproben und schauen, dass wir diese Dinge alle



umsetzen, was wir auch tun. Wir haben jetzt, Sie können sich vorstellen, ein sehr großes Maß an Massen, die jetzt vorhanden sind und es ist nur gerecht, dass man die Massen, die jetzt vorhanden sind, auch vor Ort einbaut. Wir müssen auch schauen, dass wir entsprechend dessen die Massen beproben und sie dann einbauen können. Das soll aber nicht heißen, dass die Massen komplett dafür geeignet sind. Ich muss hier noch vieles an zusätzlichen Dingen mit einbringen, zum Beispiel, um die Standfestigkeit, sprich Hochwassersicherheit, zu gewährleisten. Ich nehme die vorhandenen Massen und mische zum Beispiel noch ein Zementgemisch mit hinein, um dann einen sogenannten Erdbetonbau herstellen zu können, der fest ist.

Abg. Mechthild Heil (CDU/CSU): Vielen Dank, Herr Schmitt. Ich weiß nicht, wie die Kollegen das jetzt sehen, dürfen wir da nochmal eine weitere Antwort von den anderen erwarten? Aus meiner Erfahrung wäre das gut, Herr Orthen, wenn Sie was sagen. Wo liegt die Ahr jetzt? Wie wird das in so einer Stadt gehandhabt? Oder vielleicht auch nachher Rolf Schmitt, weil der das ja selber im Ort gemacht hat, Klima, Eigenwärme. Herr Orthen.

Guido Orthen (Bürgermeister Bad Neuenahr-Ahrweiler): Vielen Dank. Wenn ich das Wort Modellregion höre, dann zucke ich immer zusammen, weil damit gemeint ist, mehr zu tun, zum Beispiel Energieeffizienz, 40, 55 bei den Gebäuden darzustellen. Das sieht die Verwaltungsvereinbarung Bund-Länder und das sieht die VV schlicht und einfach nicht vor. Wir bauen nach aktueller Rechtslage, weil mehr finanziell nicht leistbar ist, es sei denn, die ohne dies ja jetzt gebeutelten Kommunen verschulden sich über Gebühr. Wir würden das gerne machen, wir haben eine Gründachsatzung, wir haben ein Klimaschutzmanagement von einer auf vier Personen ausgeweitet. Wir versuchen wirklich alles, um wirklich aus dieser Katastrophe zu lernen. Die Frage ist doch, können Retentionsräume unmittelbar an der Ahr gefördert werden über die VV? Schon alleine das ist streitig. Markus Becker hat es eben nochmal angesprochen, bei der Struktur Bund, Land, Kreis, Gemeinden ohne einen Ansprechpartner unmittelbar beim Bund zu haben, sind wir immer auf Souffleure angewiesen. Das ist dann wie stille Post, wir wissen nicht, was in Berlin ankommt. Gerade wenn man über Modellregionen spricht, ist es wichtig, dass der Bund in dieser Frage nochmal mit in die Verantwortung geht, auch

in die Finanzielle, sonst wird das mit einer Modellregion nicht wirklich viel.

Abg. Mechthild Heil (CDU/CSU): Dankeschön. Möchte noch jemand was dazu sagen? Herr Professor Birkmann.

Prof. Dr.-Ing. habil Jörn Birkmann (Universität Stuttgart): Vielleicht eine kurze Anmerkung von wissenschaftlicher Seite. Ich glaube, das Ahrtal ist eine Modellregion, ob es will oder nicht. Es kucken ja viele Akteure drauf, ob die Geldsummen, die ja genehmigt wurden und natürlich auch auf die Akteure, die ja schon aktiv sind. Sie haben eine Wiederaufbaugesellschaft, also da wird schon, glaube ich, der Blick drauf gerichtet sein, egal ob man jetzt Modellregion sein will oder nicht. Ich glaube das hatte Herr Stefan Schmitt vorher gesagt, beim Straßenthema, da wäre es gut, wenn auch strategisch der Bund diese Idee der Modellregion unterstützt. Ich nenne mal ein Beispiel, die Nepomukbrücke bei Rech. Die kann man abreißen, aber dann hat das Ahrtal im Grunde einen wichtigen Teil seiner Identität verloren. Trotzdem war es natürlich so, dass der Aufstau zu massiven Zerstörungen in Rech geführt hat und dass man daraus natürlich auch lernen soll, aber dann wäre es doch günstig, gerade weil man im Vorfeld da auch Platz hat, zum Beispiel eine Straßenverlegung zu finanzieren und zu kucken, wie würde so eine Brücke dann möglich sein, die vielleicht auch Raum bietet, damit das gesamte Wasser nicht unter der Brücke durchgehen muss, sondern daneben. Hier wäre es wichtig, glaube ich, auch mit zusätzlichen Fördermitteln oder auch einer Projektverlängerung zum Beispiel die Möglichkeit zu bieten, dass das Ahrtal oder das die Akteure im Ahrtal auch wirklich bei innovativen Ansätzen gefördert werden. Diese Zusammenarbeit, die Herr Orthen anmahnte, die kann man durch einen Zwangszusammenschluss generieren, aber meistens ist es so, dass das dann nicht zu einer direkten Freude wird. Von daher wäre es hier auch wieder gut, wenn die Fördermittelhöhen für strategische Kooperation, zum Beispiel mit Berggemeinden zur Verfügung stehen, die das Wasser oberhalb abhalten könnten, man muss ja nicht nur immer ins Tal kucken wie so ein Adler, sondern eben auch schon oben anfangen. Wenn man da dann auch von Bundesseite oder von Länderseite sagt, dass hier Neuerungen notwendig sind, oder das zum Beispiel die Kooperation dazu führt, dass



man fünf oder zehn Prozent Erhöhung der Förderquote erzielen kann. Ich glaube, das wäre wichtig. In Rheinland-Pfalz ist man da auch schon auf Landesebene ein bisschen in der Richtung unterwegs, die Umweltministerin und Klimaschutzministerin macht da einiges. Da wäre es zum Beispiel auch wichtig, dass man den Teil von NRW mit rein nimmt. Da reicht es leider nicht, wenn man nur die Landkreise beteiligt. Wir haben ja gewisse Ausweichformate, die wir auch wissenschaftlich modellieren, aber da zeigt sich auch das Zusammenspiel zwischen Bund, Land, Region, also Bezirksregion Nordrhein-Westfalen. Da fehlt noch ein bisschen was, und da würde es sicherlich Sinn machen, zu sagen: Jetzt experimentieren wir, hier geben wir Freiräume, aber wir möchten hinterher auch Modellansätze haben, sodass andere Regionen davon lernen können. Ich glaube, das wäre ein wichtiger Punkt und jetzt gerade im Städtebau, in den Fördermaßnahmen, der Bauförderung, Dorferneuerung, da sehe ich Potential, dass man das dann wirklich auch nutzt. Herzlichen Dank.

Abg. Mechthild Heil (CDU/CSU): Danke. Jetzt habe ich hier was angefangen. Die FDP scharrt schon mit den Füßen, weil die wäre als nächstes dran und Herr Beckamp will auch noch was sagen. Ich darf aber vorher bitte auch noch was sagen, weil ich hier im Raum sitze und Frau Liebert sehe. Ich will das nochmal verstärken, was Herr Orthen gesagt hat, damit das wirklich auch hier im Raum ankommt. Die Ahr liegt jetzt an einer anderen Stelle. Wenn wir jetzt sagen, wir legen die Ahr wieder dahin – was man machen kann – dann wird das bezahlt. Alles das, was wir da zusätzlich machen, Wasserrückhaltung und so, wird nicht bezahlt, beziehungsweise dafür würde man vielleicht 90 Prozent kriegen vom Bund oder von den Ländern, aber die 10 Prozent, die bleiben dann bei der Ortsgemeinde und da ist im Moment jeder pleite. Das funktioniert überhaupt gar nicht, die 10 Prozent aufzubringen. Die Abgrenzung zwischen dem Wiederaufbau und dem Rückhalt und Hochwasserschutz ist unglaublich schwer. Da kuckt man bei jedem Quadratzentimeter passt es in den Topf oder in den Topf. Das ist irre. Das ist das, was Herr Becker auch am Anfang gesagt hat, was so mürbe macht im Tal und was auch so zu Effizienzverlust führt. Herr Becker, Sie noch und dann machen wir weiter in der Runde.

Markus Becker (Ingenieur aus Bad Neuenahr-Ahrweiler): Ich fand den Satz gerade gut, wir sind sowieso Modellregion. Ob der Bund sich blamiert, ob das Land sich blamiert, ob der Kreis sich blamiert, ob die Kommunen sich blamieren, ist doch alles egal. Entweder kriegen wir das gemeinsam hin oder gar nicht. Deswegen brauchen wir eine Art Gesamtprojektmanagement für den ganzen Wiederaufbau und dann müssen wir die Zusammenarbeit üben. Wenn wir das nicht im Ahrtal schaffen, wie wollen wir denn dann unser Land zukunftsfähig machen? Wie wollen wir das dann hinkriegen? Da können wir doch üben. Da ist die Not groß genug und wir brauchen dieses Gesamtprojektmanagement Wiederaufbau Ahrtal. Das hat nur sieben Säulen. Einmal das ganze Thema Planung. Wir brauchen Planungsrunden, die die ganze Planung koordinieren. Dann brauchen wir die zweite Säule, das ist das ganze Thema Bauen. Wenn die LBM und die Bahn bauen, dann baut im Ahrtal keiner mehr, dann ist das Tal zu und wir haben jetzt erstmal die Privaten, die alle bauen müssen. Das dritte ist das Thema Termine. Da muss kommuniziert werden, wann bin ich dran. Wenn die Leute wissen, da hat einer den Überblick, dann wissen die auch schon, dass gewisse Dinge später kommen. Die vierte Säule ist das Thema Kosten. Die fünfte Säule ist das Thema Kommunikation in so einem Gesamtprojektmanagement. Wie wird darüber berichtet, dauerhaft, wo werden Fragen beantwortet? Das sechste ist das Thema Konflikte. Wir haben ganz große Konflikte, Naturschutz, Tourismus, die müssen wir doch nicht tausend Mal lösen, die müssen wir einmal lösen und wir müssen doch bei solchen Großprojekten in Deutschland zeigen können, wie man Konflikte professionell löst und wie eine Demokratie funktioniert. Danach kommen dann die Inbetriebnahme und der Betrieb. Wir müssen dann den Wiederaufbau in der Region übergeben, und dann müssen wir die Region befähigen, vielleicht resilienter und robuster für die nächste Katastrophe zu sein. Wir müssen aus dieser Zuständigkeitsfalle raus und das als Gemeinschaftsaufgabe sehen von Bund, Land, Kreis, Kommune. Wir schaffen das nur zusammen. Ich habe da große Sorge, dass wir uns, wie bei den Großprojekten Elbphilharmonie und wie sie alle heißen, jedes Jahr treffen und sagen, warum ist es denn immer noch so schlimm, was ist denn jetzt schon wieder. Jetzt können wir das noch aufstellen und da ein Gesamtprojektmanagement drüber legen. Machen Sie das bitte!



Abg. Mechthild Heil (CDU/CSU): Dankeschön. Herr Semet von der FDP-Fraktion, Sie sind jetzt dran.

Rolf Schmitt (Hochwasserhilfe Marienthal e. V.): Ich hätte eine Anmerkung, wenn ich darf.

Abg. Mechthild Heil (CDU/CSU): Er darf. Rolf Schmitt.

Rolf Schmitt (Hochwasserhilfe Marienthal e. V.): Ganz kurz und knapp. Wir haben in der ganzen Thematik noch eins vergessen, das erleben wir gerade hier mit dem Aufbau der Dorfwärme. Ich möchte nur zwei Punkte dazu sagen. Wir hatten jetzt innerhalb der letzten drei Wochen einen Preisanstieg des Stahls um 25 Prozent und einen Preisanstieg des Betons um 25 Prozent. Das bedeutet für die Gesamtfinanzierung des Projekts Dorfwärme in Marienthal, dass wir den ursprünglich vorgesehenen Kostenrahmen nicht mehr halten können. Das Ganze ist aber in den Fördermitteln, die im Vorfeld bewilligt werden, so noch nicht verankert gewesen. Wir kriegen jetzt langsam Sorge, dass die Kostenexplosion dazu führt, dass wir am Ende des Tages den Preis, den wir den Bürgern letztendlich in den Vorverträgen versprochen haben, nicht mehr halten können. Auch das ist eine Thematik, die unbedingt berücksichtigt werden muss, denn wir stellen hier an allen Stellen, egal was es ist, eine Kostenexplosion bei Baumaßnahmen fest, die exorbitant ist. Das nur ganz kurz noch dazu.

Abg. Mechthild Heil (CDU/CSU): Danke, Herr Schmitt. So, jetzt FDP, Herr Semet.

Abg. Rainer Semet (FDP): Ich möchte da gleich bei dem Thema bleiben, das Herr Orthen gerade so schön analysiert und auch in allen Facetten dargestellt hat. Wir sehen, das zieht sich durch die ganze Diskussion, die wir haben. Da nehme ich mal den Herrn Wershofen, der sagt: Wir haben einfach angepackt und wir haben angefangen, was zu machen und das hat funktioniert. Das heißt, Sie haben ein Entscheidungsproblem, wer entscheidet wann, wo, wie, wer muss mit wem zusammenarbeiten, da gibt es ja sicher schon ganz viele Ansätze bei Ihnen. In der Kommune funktioniert das wahrscheinlich relativ gut, da kennt man sich, da kann man kurz oder niederschwellig irgendwas organisieren, aber Sie haben das ja sicher auf anderen Ebenen auch schon jetzt in die Wege geleitet. Da würde mich interessieren, was Sie da bisher für Erfahrungen haben aus dieser komplexen Situation oder wie Sie bisher schon Wege gefunden haben, da weiter zu

kommen.

Abg. Mechthild Heil (CDU/CSU): Danke. Herr Becker.

Markus Becker (Ingenieur aus Bad Neuenahr-Ahrweiler): Wir haben zum Abwasser eine gute Runde gefunden. Wir haben beim Abwasser 10 Ingenieurbüros, die in die Rolle des Werkleiters oder so was gerutscht sind, weil kein anderer da war. Dann haben wir in Rücksprache mit den Bürgermeistern Baufirmen organisiert, die Kläranlage wieder freigeräumt, Verbindungen wieder geschaffen, damit das Abwasser nicht in die Ahr floss. Wir hatten dann auch selbst irgendwann Muffe bekommen, was machen wir hier eigentlich und haben uns in Thür getroffen, bei einem Büro, was außerhalb des Ahrtals lag, und haben seitdem dort eine Thürer Runde. Dort haben wir uns sehr erfolgreich mit der Bezirksregierung, mit dem Kreis, mit den Kommunen und auch mit der Landesregierung geeinigt und haben gefragt: Dürfen wir das denn, was wir hier machen? Da hat das Land uns im vollen Maße unterstützt und hat gesagt: Hier, bitte, macht das, wir haben keinen anderen, der es machen kann. Es gibt keine anderen Ingenieure, die jetzt da in Bereitschaft stehen. Dann haben wir dort kurzfristig eine Ahrtal-Studie entwickelt und haben jetzt umgesetzt, dass es von den vier Kläranlagen, die es im Ahrtal gab, zukünftig nur noch zwei gibt. Es gibt auch gute Erfolgsmuster und die sind durch ungewöhnliche Gespräche entstanden, die es normalerweise gar nicht gibt, und diese Überwindung der Zuständigkeitsfalle, das war ein Erfolgsfaktor. Dann hat jeder seine Hausaufgaben gemacht, hat das bei den Kommunen, beim Kreis, bei der Bezirksregierung so kommuniziert, dass das jetzt der beste Weg ist.

Abg. Mechthild Heil (CDU/CSU): Dankeschön. Wollen Sie noch eine Nachfrage stellen, Herr Semet?

Abg. Rainer Semet (FDP): Ich wollte da noch kurz im Nachgang fragen: Sie haben Kommunikationswege gefunden, wie Sie miteinander zusammenarbeiten, teilweise jenseits des üblichen Verfahrens oder der üblichen Zeiträume, mit denen Sie umgehen. Wir sind bei Ihnen ja ganz genau, Sie haben das auch gesagt, bei einem gleichen Problem was wir landesweit und bundesweit haben, wir haben zu viele Stellen, die unterschiedlich entscheiden und irgendwo fehlt immer einer, der den Hut auf hat und sagt, wir machen das jetzt mal so.



Markus Becker (Ingenieur aus Bad Neuenahr-Ahrweiler): Genau. Für die lokalen Akteure wirkt das wie Misstrauen. Die springen in die Verantwortung, weil wir wissen, es sind nicht viele Leute da, die das vor Ort können. Wir haben da keine Probleme, in die Verantwortung zu gehen, weil wir unserer Heimat helfen. Wir brauchen aber ein Grundvertrauen. Uns wird dann im Nachhinein vermittelt, dass die Vergabe schwierig war, hätte, hätte Fahrradkette. Deswegen müssen wir gemeinsam Vertrauen aufbauen. Das ist übrigens dasselbe bei der Innovation. Wenn du keine Vertrauenskultur hast, sondern immer sagst: Ja, der ist dafür zuständig. Dann sagt immer jeder: Der, der nicht am Tisch ist, den müssen wir noch fragen. Wir müssen enger zusammenarbeiten und wir brauchen auch gar nicht so viele Leute, wir brauchen nur einen vom Bund, einem vom Land und dann kriegen wir das lokal in vielen Dingen schon hin. Natürlich brauchen wir auch Unterstützung. Aber diese Bürokratie, das können wir doch hier üben, wie wir das mal auflösen. Da sind auch alle willig und die Emotion führt doch eigentlich zum Handeln. Es kommt doch was Gutes dabei heraus.

Abg. Mechthild Heil (CDU/CSU): Vielen Dank. Herr Beckamp, Sie sind der Nächste.

Abg. Roger Beckamp (AfD): Vielen Dank auch von unserer Seite, von der AfD. Ich wollte nochmal zwei Aspekte ansprechen, die jetzt am Anfang beleuchtet wurden, oder einer jedenfalls. Herr Orthen sprach eben davon, dass das Wasser von irgendwo kommt. Ja, in der Tat, das findet seinen Weg. Ich konnte es selber auch in Blessem sehen, wo auch massive Schäden eingetreten sind, wo ich damals mal geholfen habe, wo ich aufgewachsen bin. Ich hatte in der Vorbereitung gelesen, dass jetzt wohl Starkregenereigniskarten für die Region erstellt werden und dass das, so habe ich es jedenfalls verstanden, wohl ein entscheidender Gesichtspunkt sein könnte, um modelliert zu sehen, wo denn was hinkommt, wenn bestimmte Mengen in der und der Zeit nieder kommen. Da wollte ich an Herrn Professor Brinkmann die Frage stellen, ob das in seinen Augen auch ein wesentlicher Aspekt ist, um zu sehen, wo war was oder insbesondere wo kommt was. Herr Becker hat eben auch gesagt, vorbereitet auf die nächste Flut, das liegt ja durchaus auf der Hand, dass sowas wieder kommen kann, dass man dann weiß, wo etwas lang fließt und wo man dann Hindernisse weg baut, damit es fließen kann oder

eben gerade aufbaut. Kleine Hindernisse wirken ja auch wohl viel, beim Blick in die Zukunft.

Dann die Frage an Herrn Orthen, als Bürgermeister: Ich hatte gelesen, dass wohl Tausende aus dem Ahrtal schon weggezogen sind, weil es sich schlichtweg nicht mehr lohnt, wieder aufzubauen oder weil sie nicht mehr aufbauen dürfen oder weil sie einfach die Kraft nicht mehr haben. Inwieweit hat das Ihrer Ansicht nach eine relevante Größe angenommen und was könnte dagegen getan werden, auch mit Blick darauf, Bestand vielleicht günstiger mit Förderungen abzugeben? Das ist ja unser ureigenes Thema Immobilien und ländlichen Raum zu stärken und inwieweit sind da Bauverbote ein Problem? Das sind ja auch Wahrheiten, die man aussprechen muss, dass man oft da gebaut hat, in hochwassergefährdeten Bereichen, die eigentlich nicht sinnvoll zu bebauen sind, aber das ist im Ahrtal Sache der Natur, dass man so bauen muss, weil es eben so eng ist. Die Frage geht an Herrn Orthen, inwieweit da schon ein Überblick besteht. Danke.

Abg. Mechthild Heil (CDU/CSU): Dankeschön. Dann fangen wir mit Herrn Professor Birkmann an. Eine schöne Frage für Sie.

Prof. Dr.-Ing. habil Jörn Birkmann (Universität Stuttgart): Herzlichen Dank für die Frage. Ich glaube, es wäre auf jeden Fall wünschenswert für das Land Rheinland-Pfalz, aber auch das Land Nordrhein-Westfalen, also Blessem, aber auch andere Bundesländer lassen ja gerade auch Starkregengefahrenkarten erstellen. Da ist natürlich immer die Frage, wie qualitativ hochwertig die sind, aber noch problematischer – aus Sicht der Wissenschaft – ist die Idee: Wir dürfen die gar nicht veröffentlichen. Natürlich sieht man zum Beispiel, wenn man Köln jetzt mal nimmt, ein bisschen außerhalb des Ahrtals, da ist nicht viel blau, aber das ist jetzt auch nicht das Problem, weil wir ja nicht irgendeine Stadt absiedeln können, genauso wenig wie wir das Ahrtal absiedeln wollen, aber wir können uns natürlich dann Gedanken machen, wo ballt sich das denn, also wo kommt das sehr geballt runter, dass zum Beispiel die Einstautiefe zumindest das gesamte Erdgeschoss oder den ersten Stock überfluten würde. Das sind dann natürlich wichtige Informationen, da können wir, glaube ich, auch in der Forschung in Kooperation mit der Praxis noch weiter gehen. Was hilft uns so eine allge-



meine Wettervorhersage, es kann ein Starkregenereignis geben, ja Dankeschön. Da wäre es schon spannender, wenn wir vom Marienthal Dernau oder für einen Teil von Bad Neuenahr-Ahrweiler genauer wissen, über was reden wir da. Reden wir darüber, dass der erste Stock oder das Erdgeschoss vollläuft? Wie hochwassersicher sind die Gebäude und wo sind besonders verwundbare Bevölkerungsgruppen? Hier, um es mal auf den Punkt zu bringen, fände ich gut, wenn der Bund vorschlägt, dass diese Karten veröffentlicht werden. Da gibt es eine große Diskussion, dass Immobilien entwertet werden. Das ist aber so ähnlich, wie die Hochwassergefahrenkarten-Diskussion, damals in den 90er Jahren, da im Bereich Leverkusen. Sowohl Bayer Leverkusen, als auch andere Grundstückseigentümer werden dadurch nicht entwertet, sondern es ist eine wichtige Information. Man kann sich ja auch schützen. Das heißt ja nicht, dass man seinen Garten nicht umbauen kann, oder dass man nicht hochwassersichere Scheiben einbauen kann.

Vielleicht einen Punkt noch. Die Unternehmen nehmen es ja auch wahr. Also ich finde das ein nicht so ganz geglücktes Beispiel, dass ZF seinen Standort von Bad Neuenahr-Ahrweiler weg verlegt. Es wäre sinnvoller gewesen, aus meiner persönlichen wissenschaftlichen Sicht, eine hochwassergepasste Bauweise für so einen Standort zu realisieren. Hier ist dann wieder die Kooperation wichtig. Wenn die einen Ort weiter nach Grafschaft ziehen oder die Bevölkerung von der Ahr direkt dort dann wieder in der Berggemeinde wieder ein Grundstück kriegt, dann ist das auch für diese Berggemeinde oder für die andere Gemeinde wünschenswert, aber wir müssen im Grunde den gesamten Kontext beachten, und da wäre es dann extrem wichtig, dass man dann zum Beispiel stärker regionale Gewerbegebiete fördert, wo dann der Umzug nicht zu einem schmerzhaften Einschnitt bei den Gewerbesteuer-einnahmen für eine andere Gemeinde führt. Da, glaube ich, ist auch nochmal Luft nach oben, da sollte man kucken, dass auch der Bund die Rahmenbedingungen schafft, damit solche Kooperation besser funktionieren. Das ist jetzt nichts ganz spezifisches fürs Ahrtal, aber ich denke mal die Notwendigkeit, da auch hochwassersichere Standorte zu finden, wird an Bedeutung gewinnen. Beim Starkregen kann man sich auch nochmal andere Ansätze vorstellen, dass man auch kleinere Zuläufe stärker beachtet und da zum Beispiel einen Regenrückhalt, natürlich auch bei den Zuläufen zu Ahr, stärker als

Thema in bestimmte Förderprogramme oder -strategien einbaut. Ich glaube, diese Gesamtschau ist wichtig und es ist hier ja nicht so, dass man nicht die Vorstellung haben sollte, man kann das irgendwie absiedeln. Danke.

Abg. Mechthild Heil (CDU/CSU): Wir danken Ihnen. Herr Orthen, Sie sind auch noch angesprochen worden.

Guido Orthen (Bürgermeister Bad Neuenahr-Ahrweiler): Zu den Wegzügen: Also das ist durchaus zu relativieren. Wir haben in Bad Neuenahr-Ahrweiler acht Prozent Einwohnerverlust, im Ahrtal insgesamt etwa 10 Prozent. Das hat in Bad Neuenahr-Ahrweiler mit dem Altersdurchschnitt der Menschen zu tun, in den anderen Gebietskörperschaften ist die Schwere der Betroffenheit ein Problem, weil noch nicht zurückgekehrt werden kann. Bauverbote sind kein nennenswertes Problem, das ist zwar für den Einzelnen bitter, unter Gesamtgesichtspunkten aber natürlich auch notwendig, was Hochwasserschutz angeht. Manchmal muss man auch die Menschen vor sich selbst schützen, aber, und deshalb habe ich unsere Themen auch nochmal schriftlich rein gegeben, Ersatzbauland zu schaffen, ist schwierig, weil wir in Rheinland-Pfalz für jede Straße, die wir bauen, eine Umweltverträglichkeitsvorprüfung machen müssen. Es bleibt schwierig und da ist, glauben wir und deshalb sind wir hier auch richtig, der Gesetzgeber gefordert.

Einen Block zur Zuständigkeitsfrage beim Hochwasserschutz. Ich habe es ja eingangs dargestellt, zwei Länder, fünf Landkreise sind betroffen plus Einzugsgebiet. Zuständig für den Hochwasserschutz, für die Maßnahmenverwirklichung von Rückhaltebecken und dergleichen ist die Verbandsgemeinde oder die Stadt. Da passt etwas nicht und da brauchen wir, glaube ich, dringend auch auf Bundesseite eine gesetzliche Regelung, weil, wenn das auf Freiwilligkeit beruht, dann wird das nicht gelingen, weil derjenige, von dem das Wasser kommt, der aber niemals der Geschädigte sein wird, der wird sich ja nicht finanziell beteiligen wollen. Wie soll das gehen? Insoweit braucht es den Gesetzgeber, wie in vielen Fällen.

Abg. Mechthild Heil (CDU/CSU): Dankeschön. Es sind 34 Häuser, die betroffen sind, die nicht wieder aufgebaut werden dürfen. Dann kommen wir zu den Letzten in der Runde, DIE LINKE., Frau Lay, Sie sind auch per Video zugeschaltet. Sie können



Ihre Frage stellen.

Abg. Caren Lay (DIE LINKE.): Vielen Dank für Ihr Engagement, für Ihre Ausführungen, das will ich nochmal ganz explizit betonen und auch mein Mitgefühl. Ich selber – meine Familie kommt aus Mendig – war auch da, als der Regen kam. Wir haben den Regen mitbekommen und waren dann relativ nah, auch durch Freunde und Bekannte, an den Ereignissen dran. Also mein tiefes Mitgefühl. Es sind jetzt sehr viele Fragen schon beantwortet worden, die ich auch auf dem Zettel hatte, vielleicht noch eine, die noch nicht angesprochen wurde: Wenn ich es richtig sehe, dann ist das Antragsverfahren ausschließlich digital. Da wäre meine Frage – das ist ja für ältere Menschen immer wieder ein Problem, man will jetzt digital dort auch Anträge stellen. Vielleicht an Bürgermeister Orthen meine Frage, ob das funktioniert und wie es vielleicht auch Unterstützung gibt, im Bezug darauf, und wie es einfacher gemacht werden könnte.

Abg. Mechthild Heil (CDU/CSU): Danke, Herr Orthen, bitte.

Guido Orthen (Bürgermeister Bad Neuenahr-Ahrweiler): In der Tat, die Ausschließlichkeit der digitalen Antragstellung, gerade bei den Privaten und den Betrieben, macht Älteren, macht aber auch Sozialschwächeren, die eben nicht über das technische Equipment verfügen, ein Problem. Allerdings gibt es in nahezu allen Orten sogenannte Infopunkte der ISB, über das Land, die helfen den Menschen, die diese Anträge nicht unmittelbar digital stellen können. Jetzt beginnt auch eine aufsuchende Hilfe für diejenigen – manche wissen auch gar nicht, dass ihnen überhaupt geholfen wird, dass sie den Wiederaufbau auch staatlich mitfinanziert bekommen, obgleich wir das natürlich, die Landesregierung, ich glaube alle Beteiligten, versuchen auf allen Kanälen zu kommunizieren. Manche wissen es nicht, das sind aber Einzelfälle, und manchen geht einfach die Kraft aus, sich selber zu kümmern. Aufsuchende Hilfe ist im Augenblick zugange, aber, ich glaube, das ist auch ein Problem für die Betriebe. Das interessante ist, wir haben die Anträge bei der ADB bislang nur in Papier stellen können. Man erwartet vom Bürger digitales Können und die Behörde, die über unsere Anträge entscheidet, erwartet Papier. Da ist man aber auch auf dem Weg, das hat man mittlerweile verstanden, aber wir sind ein Jahr nach der Flut und wollen eigentlich hier Bürokratismen abbauen.

Abg. Mechthild Heil (CDU/CSU): Danke, Herr Orthen. Ich glaube man merkt bei allen, den Fachleuten hier, dass es irgendwie doch einen rheinischen Humor gibt, dass man vielleicht manches ein bisschen besser ertragen kann. Dann kommen wir in die zweite Runde. Wir fangen nochmal mit der SPD an, Herr Daldrup diesmal.

Abg. Bernhard Daldrup (SPD): Frau Vorsitzende, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich schließe mich natürlich an das was schon gesagt worden ist, an, und will aber jetzt ein bisschen versuchen, mal den Blick etwas in die Zukunft zu richten.

Erstens: Sie haben eingefordert und angesprochen, dass Sie einen Ansprechpartner beim Bund bräuchten. Ich darf mal sagen, heute findet unter dem Tagesordnungspunkt 11 im Plenum eine Debatte statt, also im Bundestagsplenum. Ich will damit sagen, die Aufmerksamkeit ist weiterhin groß und die Tatsache, dass es ein Tagesordnungspunkt im Deutschen Bundestag gibt, nicht von uns ausgelöst, von unserem Ausschuss, aber zeigt das auch. Auch unser Fachgespräch soll das vermitteln, und wir werden es bestimmt auch nicht zum letzten Mal hier behandeln.

Zweiter Punkt: Herr Becker, Sie haben gesagt, man muss das als eine Chance nutzen und sich gegenseitig versprechen, sie auch zu nutzen. Ihr Appell, davon bin ich fest überzeugt, ist etwas, was alle hier Beteiligten unterschreiben. Dann gehen Sie in die Mühen der Ebene und dann sagen Sie: Wie geht denn das eigentlich? Wenn wir hier die Bezirksregierungen sitzen hätten, von mir aus die aus Köln, Nordrhein-Westfalen oder auch aus Rheinland-Pfalz, dann haben die zu einem Teil eine andere Sicht der Dinge und zwar nicht deswegen weil die etwa nicht helfen wollten, sondern weil manchmal Verfahren so sind wie sie sind.

Deswegen bin ich, drittens, auch ganz dankbar dafür, Herr Bürgermeister, dass Sie ganz konkrete Vorstellungen an die Novellierung des Baurechtes haben, aber auch Herrn Professor Birkmann für die wissenschaftliche Begleitung. Da will ich nochmal sagen, da müssten wir nochmal ein bisschen drauf zurückkommen. Sie sind vielleicht keine Modellregion, Sie sind aber auf jeden Fall eine Referenzregion und ich möchte gerne, dass Sie eine Modellregion werden können, dass diese Unterstützung gebracht wird. Ich will ein Beispiel geben aus den zehn Punkten Wissenschaft. Da wird festgestellt,



und das ist garantiert nicht nur im Ahrtal so, dass 70 Prozent der Menschen, die in hochwassergefährdeten Gebieten gewohnt haben, das gar nicht wussten. Vielleicht haben die auch deswegen keine entsprechende versicherungsrechtliche private Vorsorge getroffen. Das darf uns in Deutschland eigentlich nicht passieren und zwar nirgendwo, nicht nur im Ahrtal, sondern sonst wo auch nicht. Wenn Sie sagen, Sie haben mittlerweile vier Klimamanager, dann muss man das sehr honorieren und es zeigt auch, dass sie nicht überflüssig sind, sondern im Gegenteil eine Funktion haben. Für mich ist aber nochmal wichtig, dass Sie, Herr Bürgermeister, gleichzeitig eine Erwartung stellen an das Aussetzen von Perspektiven umweltgerechten Bauens, und auf der anderen Seite mit Nachhaltigkeit nicht zusammen passt.

Ich will nochmal ausdrücklich nachfragen und unterstützen, ob wir so etwas machen können im Bauplanungsrecht und im Raumordnungsrecht, wie so eine Sondergebietszone oder von mir aus den Begriff Region oder Modellregion, auch benennen. Ich kenne das aus Nordrhein-Westfalen, wo wir mal einen newPark machen wollten, wo die Gewerbesteuer, das wollte die FDP gerne, ausgesetzt wird für mehrere Jahre, um in dieser gebeutelten Region etwas zu tun. Mich interessiert, wie die wissenschaftliche Expertise und die Vorschläge die da gemacht worden sind und Ihre, wie die zusammenpassen. Ob das Hand in Hand geht, an dieser Stelle. Das wäre ein wichtiger Gesichtspunkt, weil wir gerne wollen, dass Sie Modellregion werden, wir wollen, dass Sie eine resiliente, eine mit der Transformation verbundene Region werden, die auch wieder eine touristische Perspektive hat. Deswegen bin ich auch ganz dankbar für die Hinweise auf das Baugebot beispielsweise, das ich ausdrücklich unterstützen kann, aber nicht so sehr die Fragestellung beim 13b beispielsweise. Und dann sind wir in den Mühen der Ebene beispielsweise und müssen uns darüber unterhalten, wie das mit dem Hochwasserschutz eigentlich in der Zukunft aussehen soll.

Abg. Mechthild Heil (CDU/CSU): Ich gehe mal davon aus, dass die Frage nur an Guido Orthen war.

Abg. Bernhard Daldrup (SPD): Nein, auch an Herrn Professor Birkmann.

Abg. Mechthild Heil (CDU/CSU): Wer will anfangen? Herr Professor Birkmann, dann fangen Sie an.

Prof. Dr.-Ing. habil Jörn Birkmann (Universität Stuttgart): Herzlichen Dank. Ich glaube, es muss beides sein. Also nur das Aussetzen von Standards oder Genehmigungsprozessen hilft nicht weiter, auf der anderen Seite hilft es natürlich auch nicht weiter, wenn man jetzt irgendwelche Straßen oder Brücken saniert und es dann im Raumordnungsverfahren so lange dauert, wie bestimmte Feuerschutzthemen im Berliner Flughafen. Trotzdem wäre es natürlich extrem wichtig, dass wir diesen Modellansatz stärker forcieren. Ich nenne mal ein Beispiel: Wir sitzen auch mit der wissenschaftlichen Beratung zusammen, mit allen Bezirksregierungen in NRW und der Landesplanung. Wir haben uns getroffen in einem Workshop, da wurde deutlich, dass die Bezirksregierung Detmold zum Beispiel die Brücken bei Hochwasserthemen berücksichtigt, also was passiert, wenn da Sachen verstauen, verklausen oder auch in Teilen von Düsseldorf. In Köln hat man alle allgemeinen Siedlungsbereiche, die im HQextrem sind, rausgenommen, das führt gerade zu einem Aufschrei in den ganzen Kommunen. Hier ist es dann extrem wichtig, dass man fragt, was können wir denn anbieten? wir wollen ja nicht irgendwie Grenzen schaffen, ja ihr dürft bauen und ihr dürft nicht bauen. Ich fände es besonders spannend, wenn man gerade mit SGD Nord zum Beispiel oder mit der Regionalplanung, mit der wir im Austausch sind, mit der Landesplanung in Rheinland-Pfalz, da haben wir Arbeitsformate, aber da müssen wir in so eine Testplanung auch kommen, dass man sagt, man probiert Sachen aus.

Das hört sich jetzt für die Praxis immer ein bisschen schwierig an, aber ich denke gerade beim Thema kritische und sensible Infrastrukturen wäre das ein Thema, das man wirklich aufgreifen kann. Die brauchen höhere Schutzstandards, die müssen ein bisschen davon weg kommen, immer aufs Wasser zu kucken. Wir müssen doch fragen, was muss besonders geschützt werden und wenn man jetzt an Sinzig, die Behinderteninfrastruktur dort, denkt oder die Altersheime oder die Rheumaklinik Ahrweiler oder die Schulen, die Behindertenschule für körperliche Behinderte, direkt an der Ahr, da sind Themen, die müssten wir aufgreifen und ich glaube, da könnte das Ahrtal auch wirklich nochmal einen neuen Impuls liefern für die Diskussion um Beschleunigung, aber mit speziellen Schutzstandards. Jetzt nicht nur zu sagen, wir schmeißen alles raus und jetzt darf jeder. Wir sehen das auch, wenn man durchs Ahrtal geht, jetzt als Externer, da



sehen Sie auch, dass in den betroffenen Bereichen, da trocknen viele Häuser noch. Das ist nicht so, dass da jetzt schon jeder eingezogen ist. Da haben wir Prozesse, die dauern einfach von der Bauphysik her etwas länger und da wäre es natürlich wichtig, dass man jetzt nicht die Schüler oder auch andere besonders verwundbare Gruppen genau in denselben Strukturen wieder lässt. Ich glaube, hier hat auch Raumordnung, um es mal konkret zu machen, Vorrangvorratsgebiete, da sind wir in dieser Schwarz-Weiß-Kiste. Die sind entweder im Überschwemmungsgebiet, da dürfen sie nichts, keine neuen Bebauungspläne oder sind außerhalb. Plötzlich hat das Ahrtal eine ganz andere Kulisse durch das Hochwasser bekommen. Hier müssen wir adaptiver werden, hier müssen wir innovativere Ansätze fördern, und ich glaube da kann auch die Region und gerade die Akteure, die auch hier sind, können da wichtige Impulse liefern, auch für die gesamte bundesdeutsche Diskussion. Danke.

Abg. Mechthild Heil (CDU/CSU): Danke. Herr Orthen, Sie können dann auch noch antworten.

Guido Orthen (Bürgermeister Bad Neuenahr-Ahrweiler): Vielen Dank, Herr Abgeordneter. Wir haben gesagt, Verfahren sind so, wie sie sind. Das haben Sie natürlich sehr provokativ gesagt, weil, ich glaube, dass wir gemeinsam Politik gemacht haben und machen, weil wir Veränderungen wollen und deshalb bin ich für Ihren Hinweis dankbar. Ja, ich glaube, dass ein Modellgebiet oder eine Sonderrechtszone möglich ist, auch wirklich modellhaft in Anbetracht unserer Situation. Ich will ein Beispiel nennen, ich habe es eben schon mal angesprochen, Retentionsräume am Gewässer. Zuständig fürs Gewässer ist der Landkreis, auf unseren Grundstücken könnte Retentionsraum entstehen. Ob diese Entstehung der Retentionsräume über die VV gefördert werden kann, ist zumindest streitig. Das ist ein ganz kleines Problem, und deshalb appellieren wir wirklich noch einmal, ich appelliere nicht an einen Ansprechpartner für den Bund, sondern spezifisch thematische Ansprechpartner, jemand aus dem Bauministerium, jemand aus dem Klimaschutz und aus dem Umweltministerium. Im Augenblick gibt es einen regelmäßigen Austausch mit Berlin nur im Verkehrsministerium aber in keinem anderen Fachministerium, auch im Innenministerium im Übrigen nicht, obwohl das ja das führende, auch für das VV-Verfahren, ist. Ich glaube, wenn wir nicht immer in die Zuständigkeitsfalle reinlaufen wollen

und Modellregionen schaffen wollen, dann geht es nur durch Austausch auf der fachlichen Ebene mit den jeweiligen Ministerien, ohne das die nächsthöhere Ebene nach oben soufflieren muss.

Abg. Mechthild Heil (CDU/CSU): Vielen Dank. Jetzt kommen wir zur CDU/CSU, Herr Rohwer.

Abg. Lars Rohwer (CDU/CSU): Vielen Dank für die Ausführungen und vor allen Dingen für die emotionalen Appelle, die Sie alle an uns schon hier gerichtet haben im Raum, in Berlin.

Wir hatten es ja bei dieser Wetterlage mit einer sogenannten fünf B-Wetterlage zu tun. Ich komme aus Sachsen, habe in Dresden in meinem Wahlkreis zwei dieser Wetterlagen in den letzten 20 Jahren auch erleben dürfen. Im August 2002 ist es 20 Jahre her, dass wir das das erste Mal hatten, deswegen spreche ich das an, nicht weil wir das vergleichen können, was Sie im Ahrtal erlebt haben, sondern weil ich ein Stück weit die Reaktion und die Emotion und dieses wir brauchen Vereinfachung beim Planungs- und Baurecht gut nachvollziehen kann. Leider ähneln sich die Debatten sehr.

Deswegen habe ich um das Wort gebeten und möchte gerne nochmal fragen: Wo gehen genau diese Gedanken hin, dass Sie sagen, wir brauchen vor dem Hintergrund der Stadtentwicklung, der ländlichen Entwicklung, der Raumplanungen diese Erleichterungen, um jetzt hier voran zu kommen. Es geht ja um Flächentausch. Wo wird etwas neu gebaut? Das sind ja die Debatten, weil man Retentionsflächen wiederum diskutiert. Da werden Sie in der Region Ordnung rein bringen müssen. Da würde ich gerne nochmal danach fragen, wo Sie da ganz konkret auch an den Gesetzgeber, an den Deutschen Bundestag, konkrete Vorschläge haben. Ich halte das für wichtig, dass Sie uns das sehr konkret sagen, denn bisher hat ja, nach den Erleichterungen die der Deutsche Bundestag sehr schnell nach der Hochwasserkatastrophe im Ahrtal gemacht hat, Container aufzustellen und schulische und so, da ist ja bisher nicht mehr passiert. Auch die neue Bundesregierung hat bisher nach meiner Wahrnehmung nichts vorgelegt. Deswegen wäre da nochmal mir sehr konkret dieser Hinweis lieb, damit wir das hier in die Diskussion führen können.

Letzter Punkt: Weil wohl auch in der Obbleuterunde besprochen worden ist, dass Sie die Bundesregierung hier auch konkret fragen können, mich würde



schon interessieren, was die Bundesregierung konkret wünscht.

Abg. Mechthild Heil (CDU/CSU): Das wollten wir eigentlich im Anschluss machen. Das machen wir im Ausschuss. Wir haben uns überlegt, Herr Orthen, Sie sind der Erste und dann Herr Becker.

Guido Orthen (Bürgermeister Bad Neuenahr-Ahrweiler): Ich habe die Verlängerung und Ausweitung des Geltungsbereichs des § 13b Baugesetzbuch erwähnt, die hatten wir ausgeführt, da geht es in der Tat auch nicht nur um eine zeitliche, sondern auch eine sachliche Ausdehnung, weil wir für Gewerbeflächen, für Sportanlagen Bauplanungsrecht schaffen müssen, aber auch für andere Gemeinbedarfsflächen, wie einen Kindergarten. Fürs Wohnen geht's, aber eben für die anderen Bereiche bräuchten wir jetzt und tatsächlich nur vorübergehend, ein vereinfachtes Verfahren. Ich bin sehr dankbar, dass für diese Containerbauten und die temporären Bauten, eine schnelle Lösung gefunden wurde. Da hatten wir ja auch eine Blaupause, aber wir haben für das Ahrtal im Übrigen keine Blaupause, und deshalb ist der Austausch wichtig.

Zur Umweltverträglichkeitsprüfung bei § 13a Baugesetzbuch habe ich auch schon was gesagt, und zu § 39 Bundesnaturschutzgesetz ausgeführt. Da bitten wir den Gesetzgeber, die Anforderungen an artenschutzrechtlichen Untersuchungen gesetzlich zu regeln. Das Problem ist im Augenblick, dass wir ständig einen Negativbeweis führen müssten, dass etwas nicht da ist und auch nicht mehr kommt. Wer Jurist ist weiß, dass man dafür eigentlich nur Ludwig Beck kennen muss, ein Negativbeweis ist eine Unmöglichkeit, und das erwartet im Augenblick, und da ist auch die Kreisverwaltung ein Getriebener der Naturschutzverbände, auch wieder einer Behörde. Diese Verfahren sind so wie sie sind, aber sie dürfen aus unserer Sicht nicht so bleiben. Das waren jetzt einige wenige Beispiele, die auch unmittelbar für den Bürger Auswirkungen haben, weil, wenn die mit der Infrastruktur nicht weiter kommen, dann verzweifelt er irgendwann auch.

Ich möchte noch eins sagen, wir haben verstanden, wir sind gebeutelt und wissen um die Notwendigkeit des Klimaschutzes, und wir setzen das auch um. Wir haben mittlerweile so viele Satzungen erlassen, in Bad Neuenahr-Ahrweiler, und Zeichen gesetzt, hin zu mehr Umwelt und Klimaschutz, aber wir dürfen die Verfahren nicht überborden

und das ist im Augenblick das Problem. Wir haben die Dinge im Blick, aber wir haben zwischen Naturschutz auf der einen Seite und Menschenschutz auf der anderen Seite im Augenblick einen, aus unserer Sicht, auflösbaren Spannungsbogen, aber er muss politisch aufgelöst werden.

Abg. Mechthild Heil (CDU/CSU): Herr Orthen, hier gibt es eine kleine Diskussion von Herrn Daldrup, weil der sagt, es klingt ja auch unlogisch, da ist eine Umweltkatastrophe und wir fordern dann im Ahrtal die Umweltverträglichkeitsprüfung auszusetzen. Vielleicht darf ich so viel dazu sagen: Ein Beispiel, es gibt ein Baugebiet, was genau jetzt gerade erschlossen wurde, da sollten 24 Häuser gebaut werden, da dürfen nur 14 gebaut werden, die weiteren 10 nicht, wegen Umweltverträglichkeit, da hat man nämlich so ein Blaukopfwiesenblüter oder so gefunden. Das ist natürlich total schwierig, die Leute, denen sind die Häuser weggeschwommen, und die sagen jetzt, wegen dem Blaukopfwiesenblüter dürfen wir da nicht bauen, und das ist auch das, was so Ärger macht. Wer hat denn jetzt eigentlich ein Recht zu leben. Das ist das. Also, da stehen Häuser 14 neue und die 10 nicht. Da ist die Frage, vor allen Dingen wenn man da ein neues Baugebiet macht und geht in diese Prüfung rein und das dauert dann ein oder zwei Jahre, zwei Vegetationsperioden und die Leute wohnen in der Zeit nicht da, sondern zahlen irgendwo anders oder versuchen irgendwo anders unterzukommen. Das war das Thema. Also da will, glaube ich, im Tal keiner die Umweltverträglichkeitsprüfung für alle Ewigkeiten aussetzen oder was gegen die Umwelt tun.

So, jetzt ist der Herr Becker noch dran zur Beantwortung.

Markus Becker (Ingenieur aus Bad Neuenahr-Ahrweiler): Ich wollte nochmal auf eine höhere Ebene. Wir haben in vielen Themen hier die Aufgabe, Komplexität aufzulösen. Wir haben hier eine hoch komplexe Katastrophe, die wir noch nicht abgewickelt haben. Wir sind ja erst in der Abwicklung und wir hätten dann gern einen theoretisch perfekten Wiederaufbau. Das wird so nicht klappen. Wir haben ein viel zu großes Projekt, wir haben viel zu wenig Leute und wir haben viel zu viel Bürokratie, das ist der Kern. Wir haben in dieser ersten Phase Erfolgsmuster erlebt, indem wir uns mit wenigen Akteuren zusammengesetzt haben, wie zum Beispiel diese Thürer-Runde, wie zum Beispiel diese



Krisenstäbe und haben einfach gemacht. Wir haben gar nicht so ein großes Erkenntnisproblem, sondern wir haben ein riesen Umsetzungsproblem. Das müssen wir massiv vereinfachen, indem, wenn ich einen vom Bund habe, einen vom Land und dann strahlen die aus. Das ist ja diese Zuständigkeitsfalle, wir hören dann immer auf, da muss der noch gefragt werden. Wir müssen in die Umsetzung kommen. Wir gewinnen ganz viel durch Geschwindigkeit. Wir brauchen Geschwindigkeit, nicht nur um die Leute hinzukriegen, und das ist doch das, was wir in unserer Demokratie an vielen Stellen haben. Hier ist mal ein Musterbeispiel, wir werden ein Referenzprojekt, wo wir das einfach üben müssen. Ich glaube nicht mehr an die Perfektion von Gesetzen oder Zuständigkeiten, ich glaube nur noch an die Klugheit von Menschen. Das ist die Lehre. Wir müssen Menschen zusammenbringen, die Lösen die Komplexität auf. So war es in der ersten Phase und diese Phase brauchen wir auch für den Wiederaufbau. Deswegen appelliere ich daran, dass wir ein Gesamtprojektmanagement mit Menschen hinbekommen, mit einem Verantwortlichen vom Bund, der dann kommuniziert und die Zuständigkeiten, ich bin nur ein Bauingenieur, ich kann aber sagen, ab wann fährt der Bagger, ab wann geht es los.

Abg. Mechthild Heil (CDU/CSU): Dankeschön. Jetzt habe ich ein bisschen ein Problem, weil wir eigentlich unsere Zeit um haben, aber wir haben noch viel Kollegen die Fragen stellen wollen. Gehen wir nochmal weiter mit den Grünen.

Abg. Kassem Taher Saleh (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Frau Zeulner, Sie können gerne ihren Satz vervollständigen.

Abg. Mechthild Heil (CDU/CSU): Danke. Frau Zeulner.

Abg. Emmi Zeulner (CDU/CSU): Es imponiert, glaube ich, uns allen, lieber Herr Becker, wie Sie da rangehen, weil das ist ja das, was unserem Land fehlt. Es sind Macher, und Sie sind so einer und das spürt man in jeder Phase Ihres Seins, und deswegen sitzt da ein bisschen weiter der Dr. Hübner vom BMI. Das ist auch so ein Macher, also da hätten wir jetzt schon von Seiten des Bundes und vor Ort jemanden und da müsste man diese Task Force dann auch einsetzen. Der Staatssekretär Bartol hat zurecht gesagt, das als Modellregion dann auch

ausweisen, und deswegen bin ich ganz zuversichtlich, und das wäre natürlich die Bitte, die müssen wir dann später im Ausschuss auch besprechen, dass wir da konkret werden, so eine Runde zusammen zu nehmen. Dann wird der Herr Becker der Beauftragte der Bundesregierung fürs Ahrtal, weil irgendwen werden wir finden müssen, und da wird ein Bewerbungsgespräch laufen und da sage ich, da hat er sich heute dafür prädestiniert und dann muss im Ergebnis eben das dann zur Folge haben und dann im Nachgang, Herr Becker, übernehmen Sie die Autobahn GmbH, und dann sind wir viele weitere Probleme in unserem Land los. Es ist wirklich ganz ernst gemeint. Es wäre einfach ganz schade, diesen Schatz, den wir jetzt hier heute haben, nicht zu nutzen. Ihre Forderungen sind angekommen, mit einer Intensität, die wahnsinnig ist und wo ich sage, wir brauchen diesen Kümmerer und wir brauchen eben vom Bund, vom Land, Ansprechpartner. Also Ihre Forderung, ich glaube, der müssen wir entsprechen. Darum, lieber Staatssekretär, bitte diese Modellregion dann auch in Auftrag geben und umsetzen, denn die FDP hat natürlich damit Recht, Sonderwirtschaftszonen werden immer belächelt, Fakt ist: Sie haben gewirkt. Das brauchen wir und deswegen vielen Dank für diese wirklich beeindruckende Darstellung.

Abg. Mechthild Heil (CDU/CSU): Vielen Dank, Frau Zeulner. Der Herr Taher Saleh, Sie freuen sich, dass Sie Ihr Wort abgegeben haben.

Abg. Kassem Taher Saleh (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ein sehr kurzer Satz. Aber, Herr Becker, von Bauingenieur zu Bauingenieur, vielen Dank erstmal für Ihren Einsatz. Die Solidaritätsbekundungen können, glaube ich, nicht aufhören. Es sind letztes Jahr über 180 Menschen im Ahrtal gestorben und an sie müssen wir auch hier denken.

Nichts desto trotz wollte ich nochmal einen anderen Punkt aufmachen und unseren Dorfkümmerer, den Herrn Schmitt, fragen: Vielleicht können Sie uns aus Ihrer Sicht erläutern, gemeinsam mit Herrn Orthen, wie die Problemlage vor Ort ist, im Ahrtal. Die Situation hatten wir letztlich auch in Sachsen, auch das Erzgebirge war betroffen von den Naturkatastrophen, und wenn wir jetzt den Schwung nicht mitnehmen und den Klimaschutz ernstnehmen und da wirklich reininvestieren in allem Umfang, dann hat es nicht nur Auswirkungen auf unsere Umwelt, auf die Natur, sondern vor allem auf unser Wohlhaben, auf die Menschen und unsere Zukunft.



Vielen Dank.

Abg. Mechthild Heil (CDU/CSU): Dankeschön. Also dann nehmen wir erstmal Rolf Schmitt und ehrlich gesagt könnte Herr Wershofen auch was dazu sagen, Baupreise. Herr Schmitt.

Rolf Schmitt (Hochwasserhilfe Marienthal e. V.): Zum Thema sozialer Dorfmittelpunkt: Wir haben es geschafft, in den letzten 11 Monaten diesen sozialen Dorfmittelpunkt mit einem Containerdorf und einem kleinen Zeltlager aufrechtzuerhalten und haben dadurch auch geschafft, sowohl die psychologische, als auch die seelsorgerische Betreuung der Menschen hier vor Ort aufrechtzuerhalten. Das mussten wir jetzt in den letzten Wochen ein wenig lösen, weil wir jetzt schon mitten in den Baumaßnahmen sind. Wir gestalten hier eine neue Dorfmitte. Wir bauen eine Dorfwärme und das, was der Herr Becker eben gesagt hat, kann ich in vielen Punkten unterschreiben. Wir stoßen an veraltungstechnische Hürden, aber wir stellen auch fest, dass gerade viele Themen, die aktuell vor Ort brennen, gar nicht angegangen werden können. Ich will nur zwei Beispiele nennen: Bei mir hinterm Haus liegt der Hauptkanal an der Ahr entlang, und dort gibt es eine Betonwand, die diesen Hauptkanal stützt. Diese Betonwand müsste seit Monaten gesichert werden, weil sie mittlerweile eine Schräglage hat. Es ist mehrfach angemahnt worden, es passiert nichts und so sind viele Themen die hier gleichzeitig angepackt werden müssen und nicht angepackt werden können. Von daher, auch da meine Bitte, dass hier auch von der politischen Seite ein bisschen Druck gemacht wird, dass wir dort schneller arbeiten können. Wir können nicht warten, bis das fünfte Hochwasser dann dazu führt, dass der Hauptkanal der Ahr wieder im Wasser liegt und vollkommen offen ist, und das, weil man es nicht geschafft hat, ein paar LKW-Ladungen Steine als Sicherung an eine Stützwand zu bekommen. Das vielleicht auf die Schnelle von mir dazu. Danke.

Abg. Mechthild Heil (CDU/CSU): Dankschön. Herr Wershofen zu den Baupreisen.

Frank Wershofen (Kreishandwerksmeister im Kreis Ahrweiler): Zu den Baupreisen kann man einfach nur sagen, man sieht kein Ende momentan. Wir haben vor Jahren von unseren Großhändlern und Herstellern einmal im Jahr eine Preisanpassung bekommen. Wir kriegen die inzwischen, das können Sie mir glauben, wöchentlich. Wöchentlich

ändern sich die Preise, da kriegen wir drei DIN A-4 Seiten vom Großhändler, da stehen Zahlen drauf von plus 2,5 bis plus 80 Prozent. Das sind Preisentwicklungen, die wir so langsam nicht mehr an unsere Endkunden bringen können. Es versteht niemand und ich bin froh, dass in den Medien das auch bekannt gegeben wird, weil sonst wir diejenigen wären, die die Leute abzocken. Man kann diese Preise gar nicht mehr erklären. Vor allem ist es so, wir müssen erstmal sehen, dass wir das Material überhaupt bekommen. Ich habe vor circa zwei Monaten Wärmepumpen bestellt und habe gesagt es wird Oktober, dann haben wir schon wieder Winter. Ich sagte eben, wir müssen wahrscheinlich wieder mit unseren Notheizgeräten anfangen. Wenn ich die Hersteller und Großhändler frage, mit welchem Preis kann ich denn kalkulieren, bekomme ich gesagt: Dann müssen wir mal sehen was das kostet, wir wissen es selber noch nicht. Wenn ich heute meinem Kunden ein Angebot schreibe, dann gilt das morgen schon gar nicht mehr und das muss man dem erstmal klar machen. Das ist im Moment eine untragbare Situation. Wir kämpfen an allen Enden, wir hatten zwei Jahre lang Corona, dann haben wir die Flut und jetzt kommt noch der Krieg, ich sag mal, wir sind so langsam alle ein bisschen am Ende unserer Kräfte angelangt, weil es jeden Tag etwas anderes ist. Manchmal bekommt man kein Wort geschrieben, weil schon wieder ein Kunde anruft und sich dann meldet, das Geschäft wird immer schwieriger, vor allem, wir haben auch den Fachkräftemangel. Wir haben das in den letzten anderthalb Jahren noch nie so gespürt wie heute. Wir bekommen einfach keine Leute. Man muss das unseren Kollegen bundesweit anrechnen, die schicken uns Helfer, obwohl sie selber die Auftragsbücher Oberkannte Unterlippe voll haben. Das ist natürlich für die Leute alles nicht so einfach.

Zu der anderen Geschichte möchte ich sagen, ich mache den ganzen Tag nichts anderes als meine Kunden, in Bezug auf regenerative Energien, zu beraten. Das mache ich seit Jahren schon, mit modernsten Heizanlagen, mit Wärmepumpen, Pelletkessel, thermische Solaranlagen, Fotovoltaikanlagen. Wir machen eigentlich nichts anderes, aber wir bekommen jetzt diese Anlagen gar nicht mehr. Wenn ich mal drüber nachdenke, dass die Industrie vielleicht gar kein Gas mehr bekommt und ihre Produktion zurückfährt oder gar einstellen muss, dann möchte ich gerne wissen, wo kriegen wir



denn jetzt die Sachen her? Das ist das riesen Problem neben der Preisentwicklung.

Abg. Mechthild Heil (CDU/CSU): Danke, Herr Wershofen. Jetzt haben wir die FDP dran, nochmal Herr Semet.

Abg. Rainer Semet (FDP): Ich mache mal ganz schnell. Ich würde mich freuen, wenn wir jetzt hier irgendwie gesprächsformatmäßig weiter kommen, auch was die Frau Zeulner vorhin gesagt hat, und ich denke, wir werden dann nachher auch noch drüber sprechen, das finde ich toll. Wenn wir in dem Punkt alle weiter kommen würden, würde mich das sehr freuen. Ich möchte es eigentlich jetzt nur nochmal ganz kurz machen. Jenseits dieser Reibungsverluste, die Sie da haben, nochmal ganz kurz: Was ist aktuell und unter den vielen Punkten, die jetzt angesprochen wurden, das drängendste und das wichtigste was Ihnen direkt im Ahrtal fehlt und was möglichst schnell irgendwo geregelt werden müsste?

Abg. Mechthild Heil (CDU/CSU): Und wen fragen Sie?

Abg. Rainer Semet (FDP): Ich würde eigentlich alle fragen. Ich hätte gerne mal von jedem eine schnelle Antwort, was in seinem Bereich das Wichtigste ist.

Abg. Mechthild Heil (CDU/CSU): Sowas wie ein Speed-Dating, jeder hat eine Antwort, einen Satz. Fangen wir vorne an, Becker, alphabetisch.

Markus Becker (Ingenieur aus Bad Neuenahr-Ahrweiler): Einen festen, dauerhaften Beauftragten für das Ahrtal vom Bund.

Abg. Mechthild Heil (CDU/CSU): Herr Professor Birkmann.

Prof. Dr.-Ing. habil Jörn Birkmann (Universität Stuttgart): Einen moderierten Ansatz zwischen Bund, Ländern, Kreis, Kommune und Wissenschaft.

Abg. Mechthild Heil (CDU/CSU): Herr Orthen.

Guido Orthen (Bürgermeister Bad Neuenahr-Ahrweiler): Hochwasserschutz und die Umsetzung von Hochwasserschutzmaßnahmen und vor Ort andere Zuständigkeiten.

Abg. Mechthild Heil (CDU/CSU): Rolf Schmitt.

Rolf Schmitt (Hochwasserhilfe Marienthal e. V.): Wir brauchen Ansprechpartner vor Ort, die uns bei

den Themen, die wir hier vor Ort lösen müssen, unterstützen können.

Abg. Mechthild Heil (CDU/CSU): Stefan Schmitt.

Stefan Schmitt (Wiederaufbau Ahrtal): Das Vertrauen in die Fachleute der Verwaltung, die wissen was sie tun. Wir haben die Verwaltungsvereinbarung schon, aber wir brauchen einen Kümmerer, der aber auch Entscheidungsbefugnis hat. Das ist das Wichtigste.

Abg. Mechthild Heil (CDU/CSU): Dankeschön. Und Frank Wershofen.

Frank Wershofen (Kreishandwerksmeister im Kreis Ahrweiler): Wir brauchen unbedingt Fachkräfte, das ist ganz klar. Wir müssen sie ja jetzt zusammenkratzen – und natürlich Material.

Abg. Mechthild Heil (CDU/CSU): Dankeschön. Das ist mal ein anderes Format. Das war gar nicht schlecht. Richtig innovativ hier bei uns. Jetzt die AfD. Mal kucken, Herr Bernhard, jetzt müssen Sie nachlegen.

Abg. Marc Bernhard (AfD): Ich will es auch relativ kurz machen. Ich meine, der Herr Semet hat ja dankenswerterweise die wichtige Frage am Schluss jetzt noch gestellt: Was ist das Wichtigste? Was muss getan werden? Ich würde erstmal meine Hochachtung für Ihre Arbeit zum Ausdruck bringen, die ja ziemlich schwierig ist. Ich glaube, dass jetzt in dem ganzen Fachgespräch die Schwierigkeiten deutlich geworden sind. Die Projektkoordination ist nicht optimal, Bürokratie, die Preissteigerungen, wir brauchen Warnsysteme, Hochwasserschutz, Niederschlagskarten, also diese ganzen Schutzmaßnahmen und auf der anderen Seite die Umsetzung des Wiederaufbaus. Ich glaube, dass wir jetzt gar nicht mehr so viele Fragen stellen müssen, denn ich glaube, das Bild haben wir bekommen und es ist jetzt ganz wichtig, dass wir in der nächsten Runde direkt mit der Bundesregierung sprechen und gemeinsam überlegen, wie die Sache beschleunigt werden kann, wie das optimiert werden kann. Sie haben uns Ihre Anliegen gesagt und ich glaube, damit brauchen wir keine weiteren Fragen. Der Herr Semet hat auch abschließend die wichtigste Frage gestellt, was ist jetzt das Wichtigste und Schnellste was passieren muss. Danke.

Abg. Mechthild Heil (CDU/CSU): Dankeschön. Jetzt haben wir trotzdem noch Frau Lay. Wenn Sie noch eine Frage hätten, dann können Sie den Abschluss



machen.

Abg. Caren Lay (DIE LINKE.): Vielen Dank. Ich versuche auch, es ganz kurz zu machen, auf den Punkt zu bringen. Wir sind ja der Bauausschuss, was sind Ihre Wünsche an das Baurecht oder an die Baupolitik?

Abg. Mechthild Heil (CDU/CSU): Wen haben Sie gefragt, Frau Lay?

Abg. Caren Lay (DIE LINKE.): Vielleicht auch so, wie wir es gerade schon gemacht haben.

Abg. Mechthild Heil (CDU/CSU): Also ein Speed-Dating. Der arme Herr Becker. Kannst du bitte die Frage nochmal wiederholen?

Abg. Caren Lay (DIE LINKE.): Die Wünsche, die Anforderungen an das Baurecht und die Baupolitik.

Markus Becker (Ingenieur aus Bad Neuenahr-Ahrweiler): Mein Wunsch wäre ein digitales Infrastrukturgedächtnis. Wir vergessen immer wieder was wir unterirdisch alles verbaut haben. Die Wahrheit liegt dann immer vor der Baggerschaufel und ich wünsche mir ein digitales Infrastrukturgedächtnis.

Abg. Mechthild Heil (CDU/CSU): Herr Professor Birkmann.

Prof. Dr.-Ing. habil Jörn Birkmann (Universität Stuttgart): Für den auf Bundesebene bestehenden Bundesraumordnungsplan Hochwasserschutz innovative Projekte identifizieren aus dem Ahrtal, die sowohl Herr Orthen als auch ich gut finden.

Abg. Mechthild Heil (CDU/CSU): Dankeschön. Herr Orthen.

Guido Orthen (Bürgermeister Bad Neuenahr-Ahrweiler): Bauverfahren vereinfachen, ohne, und da möchte ich auch nicht missverstanden werden, den Klimaschutz aus dem Blick zu verlieren und ihn auch wirklich als Querschnittsaufgabe ganz oben aufzuhängen.

Abg. Mechthild Heil (CDU/CSU): Danke. Rolf Schmitt.

Rolf Schmitt (Hochwasserhilfe Marienthal e. V.): Im Grunde genommen eine Lex-Flut, die es uns ermöglicht, die vorhandenen Wege abzukürzen und das Bauen zu vereinfachen.

Abg. Mechthild Heil (CDU/CSU): Und nochmal der Stefan Schmitt.

Stefan Schmitt (Wiederaufbau Ahrtal): Dass wir die bestehenden Ausnahmegenehmigungen in den Gesetzen, die schon vorhanden sind, nutzen können, ohne dass sie ständig hinterfragt werden.

Abg. Mechthild Heil (CDU/CSU): Vielen Dank. Und Herr Wershofen.

Frank Wershofen (Kreishandwerksmeister im Kreis Ahrweiler): Wir brauchen ganz dringend die Ausweisung von Gewerbegebieten. Meine 500 Betriebe platzen aus allen Nähten. Wir brauchen den Platz, damit wir arbeiten können.

Abg. Mechthild Heil (CDU/CSU): Wunderbar. Vielen, vielen Dank, dass Sie so spontan hier auf die Fragen antworten können. Ich glaube, das war eine sehr interessante Runde. Vielen Dank, dass Sie sich die Zeit genommen haben. Einen schönen Gruß an die Heimat, ins Ahrtal. Ich weiß, dass Sie wirklich sehr viel zu tun haben, deswegen danke, dass Sie es getan haben. Ich glaube, es ist auch gut, dass das auf Bundesebene mal angekommen ist, wo die Probleme liegen. Ihnen eine gute Zeit. Wir sehen uns wieder. Dankeschön.

Und wir beenden hier die Sitzung und gehen dann gleich, wir machen fünf Minuten Pause, in unsere Ausschusssitzung weiter. Das Ministerium bleibt hier, dann können wir die auch fragen, und dann machen wir ganz normal weiter. Vielen Dank.

Schluss der Sitzung: 11:43 Uhr

Mechthild Heil, MdB